

Rumänien und die NATO

Gabanyi, Anneli Ute

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gabanyi, A. U. (1997). *Rumänien und die NATO*. (Berichte / BIOst, 20-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42979>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Neue Chancen nach den Wahlen?	5
2. Die Kriterien der NATO-Erweiterung	8
3. Demokratie und Marktwirtschaft	9
3.1 Demokratischer Machtwechsel.....	9
3.2 Ethnische und religiöse Toleranz.....	10
3.3 Pressefreiheit.....	10
3.4 Marktwirtschaftliche Reformen.....	10
3.5 Kampf gegen Korruption.....	11
3.6 Kontrolle der Sicherheitsdienste.....	11
3.7 Umweltpolitik.....	12
4. Beachtung der OSZE-Normen im Verhältnis zu den Nachbarländern	12
4.1 Ungarn.....	12
4.2 Ukraine.....	13
4.3 Polen.....	16
4.4 Tschechien.....	16
4.5 Rußland.....	16
4.6 Moldova.....	17
4.7 Bundesrepublik Jugoslawien.....	17
5. Die Reform der Streitkräfte	17
5.1 Zivile Kontrolle der Streitkräfte.....	17
5.2 Neue Strukturen.....	19
5.3 Transparenz des Rüstungshaushalts.....	21
5.4 Interoperabilität mit NATO-Kräften.....	22
6. Die Beitrittsstrategie der neuen Führung	23
7. Diplomatische Offensive für den NATO-Beitritt	25
8. Rumäniens Sicherheitsangebot an die NATO	27
8.1 Geostrategische Argumente.....	27

8.2	Gesellschaftliche Argumente: Identität und Konsens.....	30
9.	Westliche Positionen zur NATO-Aufnahme Rumäniens	32
9.1	USA	32
9.2	Großbritannien.....	33
9.3	Deutschland	34
9.4	Frankreich	34
10.	Rußland und der NATO-Beitritt Rumäniens	36
	Summary	39

13. Mai 1997

Die vorliegende Arbeit ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Die Verfasserin ist wissenschaftliche Referentin am Südost-Institut München.

Redaktion: Gerhard Wettig/Heinz Timmermann

Anneli Ute Gabanyi

Rumänien und die NATO

Bericht des BIOst Nr. 20/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Im Juli 1997 fällt auf dem NATO-Gipfel in Madrid die Entscheidung, welche Staaten aus der Gruppe der mitteleuropäischen Kandidaten in das Nordatlantische Bündnis aufgenommen werden. Das Thema des vorliegenden Berichts ist der Stand der Vorbereitungen Rumäniens auf den NATO-Beitritt. Als Quellen dienten westliche Publikationen, veröffentlichte und interne rumänische Studien sowie Veröffentlichungen in der Fach- und Tagespresse des Landes. Hinzu kommen Gespräche mit Vertretern des rumänischen Außen- und Verteidigungsministeriums und des Departements für Europäische Integration.

Ergebnisse

1. Die Frage der NATO-Erweiterung wird in der rumänischen Öffentlichkeit als schicksalhafte Entscheidung wahrgenommen – und dies nicht erst seit den Wahlen von 1996.
2. Mit dem friedlichen Machtwechsel des Jahres 1996, bei dem die bisherige Opposition auf kommunaler Ebene, im Parlament und mit der Wahl von Emil Constantinescu auch bei den Präsidentschaftswahlen den Sieg davontrug, scheinen die Chancen Rumäniens auf einen Beitritt in der ersten Runde gestiegen zu sein.
3. Die Beteiligung des Ungarnverbandes an der neuen Regierung ebnet den Weg für eine endgültige Lösung ethnischer Probleme auf dem Wege der gesellschaftlichen Demokratisierung.
4. Das Programm der neuen Regierung nimmt die bisher eher formal betriebenen marktwirtschaftlichen Reformen in Angriff.
5. Eine groß angelegte Kampagne gegen Korruption zeitigt erste Erfolge, die Aussichten auf eine verbesserte Kontrolle der Sicherheitsdienste sind gestiegen.
6. Die neue rumänische Regierung führt die vor den Wahlen eingeleiteten Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zu Ungarn fort und wertet sie zugleich in neuem Geiste auf.
7. Den schwierigen Verhandlungen über den Abschluß eines Grundlagenvertrags mit der Ukraine hat die neue rumänische Führung eine neue Konzeption zugrunde gelegt. Sie

beruht zum einen auf dem erklärten Interesse Rumäniens an der Sicherheit der Ukraine, zum anderen auf einem flexibleren und pragmatischeren Herangehen an das Problem der umstrittenen Schlangeninsel.

8. Hinsichtlich der Zivilkontrolle der Streitkräfte, ihrer Anpassung an westliche und NATO-Standards und des Grades ihrer Interoperabilität mit der NATO galt Rumänien schon bisher als beispielhaft. Aufbauend auf der bereits vor 1989 betriebenen autonomen Außen- und Militärpolitik des Landes, haben sich die Streitkräfte seit 1991 um eine zielgerichtete Reform ihrer Strukturen bemüht. Die Integration in die NATO ist Teil der rumänischen Verteidigungsstrategie und Militärdoktrin.
9. Die Integration Rumäniens in die NATO mit der ersten Gruppe der Beitrittskandidaten stellt die oberste Priorität und zugleich die einzige Option der rumänischen Außenpolitik dar. Diesem Ziel dient eine diplomatische Offensive großen Stils.
10. Rumäniens Sicherheitsangebot an die NATO umfaßt außerdem geostrategische, sicherheitspolitische, wirtschaftspolitische und gesellschaftlich-kulturelle Argumente. Hierzu gehören die – im Vergleich der Beitrittskandidaten – höchste gesellschaftliche Akzeptanz des NATO-Beitritts in der Bevölkerung und der parteiübergreifende politische Konsens in dieser Frage.
11. Obwohl sich die 16 Mitgliedstaaten der NATO offiziell nicht auf Zahl und Namen der künftigen Beitrittskandidaten festgelegt haben, ist die Unterstützung insbesondere der USA und der Bundesrepublik Deutschland sowie Großbritanniens für eine baldige Mitgliedschaft Rumäniens zur Zeit nicht sicher. Für Rumänien stimmen neben Frankreich auch die anderen lateinischen Staaten sowie die Länder Südeuropas.
12. Die Haltung Rußlands in der Frage eines möglichen NATO-Beitritts Rumäniens ist auf eine eindeutige Weise zweideutig. In Moskau scheint man davon auszugehen, daß das Bündnis in Madrid nur Polen, Ungarn und Tschechien aufnehmen wird, und daß es erst nach einer längeren Pause – falls überhaupt – Entscheidungen über neue Beitrittsländer treffen wird. Diese Erkenntnis ist letztlich auch dafür verantwortlich, daß Rumänien mit solcher Entschiedenheit danach strebt, die Gelegenheit, die sich auf dem Madrider NATO-Gipfel bietet, zu nutzen.

1. Neue Chancen nach den Wahlen?

Die Frage der NATO-Erweiterung und der Chance Rumäniens, zum Kreis der ersten – und vielleicht einzigen – Anwärter auf die Mitgliedschaft im Atlantischen Verteidigungsbündnis zu gehören, wird in der Öffentlichkeit dieses Landes als schicksalhafte Entscheidung wahrgenommen. In der Folge der Wahlen vom November 1996 und der von der neuen Führung getroffenen bzw. eingeleiteten Maßnahmen wurden neue Prämissen geschaffen. Es fand ein friedlicher, demokratischer Machtwechsel statt. Der Verband der ungarischen Minderheit wurde in die Regierung eingebunden, die Umsetzung radikaler Wirtschaftsreformen und der Kampf gegen die Korruption eingeleitet. Die Politik des Ausgleichs mit den Nachbarstaaten wurde auf einem höheren Niveau fortgesetzt. Damit haben sich die Chancen Rumäniens, beim Wettlauf nach Madrid den Sprung in die erste Gruppe der Beitrittskandidaten schaffen zu können, allem Anschein nach deutlich verbessert. Entsprechend ist der "drängende, an Besessenheit grenzende Wunsch der Rumänen" nach einer Integration in die euroatlantischen Strukturen, insbesondere die NATO, gewachsen.¹ Der – von einem Bukarester Journalisten so genannte – "Nervenkrieg"² um die Ausdehnung der NATO nach Osten läßt die rumänische Öffentlichkeit zwischen Verzweiflung und Hoffnung hin- und herpendeln. "Wir können den NATO-Zug noch erreichen", lautete die Schlagzeile des Leitartikels einer großen Tageszeitung im Februar 1997. Noch im Juni des letzten Jahres war an gleicher Stelle zu lesen: "Wir haben den Zug des NATO-Beitritts verpaßt."³ Auch in der westlichen Öffentlichkeit wird gelegentlich der Eindruck erweckt, die neue rumänische Führung, die aus den Wahlen vom November 1996 hervorgegangen ist, sehe sich gezwungen, einen "verzweifelten Versuch" zu unternehmen, "in letzter Minute auf den NATO-Zug aufzuspringen".⁴ Der Zeitfaktor wird in der westlichen Öffentlichkeit als Argument gegen einen frühen NATO-Beitritt Rumäniens ins Spiel gebracht.⁵

Eine solche Interpretation entspricht nicht den Tatsachen. Emotional geführte Debatten zum Thema NATO-Integration sind in Rumänien an der Tagesordnung, seit der seinerzeitige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner Rumänien im Juli 1991 besuchte. Und im Juli 1996 zeigte sich Friedbert Pflüger, der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, überrascht von der Tatsache, daß das Thema NATO-Erweiterung in

¹ Le Figaro, 24.2.1997.

² Petre Mihai Băcanu, NATO apără mai multe teritorii (Die NATO verteidigt mehrere Territorien), in: România Liberă, 24.3.1997.

³ Romulus Căpălescu, Am pierdut trenul aderării la NATO (Wir haben den Zug des NATO-Beitritts verpaßt), in: Adevărul, 6.6.1996, und Bogdan Chirieac, Mai putem prinde trenul NATO (Wir können den NATO-Zug noch erreichen), in: Adevărul, 21.2.1997.

⁴ Josef Riedmiller, Die Zeitbombe Sub-Europa, in: Süddeutsche Zeitung, 3.2.1997.

⁵ Matyas Eörsi, der Vorsitzende der Außenpolitischen Kommission des ungarischen Parlaments, berichtet nach einem Gespräch mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Peter Hartmann, dieser habe seine Befürchtung geäußert, daß Bukarest nicht mehr genügend Zeit habe, um alle 16 Mitgliedsnationen davon zu überzeugen, daß Rumänien es verdiene, in die NATO aufgenommen zu werden. Siehe: MEDIAFAX, 4.3.1997.

Rumänien "das mit Abstand wichtigste außenpolitische Thema" sei und sich einer großen Akzeptanz erfreue. "Alle Gesprächspartner", so Pflüger, "egal welcher Partei sie angehören, haben übereinstimmend erklärt, daß in Rumänien eine überwältigende Mehrheit – bis zu 95 Prozent – für den NATO-Beitritt eintritt. Das übertrifft die Situation in allen anderen Ländern Europas bei weitem."⁶

Bei seinem ersten Besuch hatte sich NATO-Generalsekretär Wörner dafür verbürgt, daß die NATO Rumänien bei ihrem Erweiterungsprozeß weder diskriminieren noch ausgrenzen werde.⁷ Eine solche Befürchtung war nicht ganz unbegründet gewesen, denn mit dem Umsturz vom Dezember 1989 war in Rumänien mit der *Front der Nationalen Rettung* unter Ion Iliescu eine Gruppe an die Macht gekommen, die zunächst von der bisherigen rumänischen Politik der Autonomie gegenüber der Sowjetunion abgerückt war. Die neue Führung demonstrierte zuerst einmal ihre grundsätzliche Bereitschaft, den jahrzehntelang gestörten Konsens mit der Hegemonialmacht Sowjetunion und den anderen Paktstaaten wiederherzustellen. Aus der Sicht der UdSSR wurde dies sehr wohl als Einschwenken der neuen rumänischen Führung auf die gemeinsame Linie des Bündnisses gewertet.⁸

Um – wie wir heute wissen – einen Köder für die anderen ehemaligen Paktstaaten auszuwerfen, hatte Rumänien im April 1991 als erster und einziger Staat des Warschauer Pakts mit der Sowjetunion einen bilateralen Vertrag "Über Zusammenarbeit, gute Nachbarschaft und Freundschaft" unterzeichnet.⁹ Darin hatte sich Rumänien verpflichtet, keinem Bündnis beizutreten, das (aus sowjetischer Sicht) gegen die UdSSR gerichtet war. Auch räumte Rumänien der Sowjetunion in dem Vertrag ein Mitsprache- bzw. Vetorecht hinsichtlich der künftigen militärischen Nutzung seines Territoriums ein. Am Vorabend der Paraphierung des Vertrags hatte Moskau mit "ernsthaften Komplikationen" für den Fall gedroht, daß Rumänien bei der "Wahl seiner Alliierten" Fehler machen oder "Territorialansprüche anmelden" würde.¹⁰

In einem mündlich getroffenen Zusatzabkommen hatten die Sowjets Rumänien zugesichert, daß Bukarest neu verhandeln dürfe, wenn Moskau den anderen osteuropäischen Staaten eine anders lautende Sicherheitsklausel zugestehen sollte.¹¹ Dieser Vertrag, vom Präsidenten paraphiert, wurde dem Parlament vom damaligen Premierminister Petre Roman niemals zur Ratifikation vorgelegt. Mit dem Zerfall der Sowjetunion wurde er aus der Sicht der rumänischen Diplomatie hinfällig.

In dieser ersten Phase der neuen rumänischen Außenpolitik war die Polarisierung zwischen der Führung um den Präsidenten Ion Iliescu, der die Koordinaten der Außenpolitik

⁶ Malte Kessler, Unkenntnis der konkreten Situation in der Region. Abrüstungsexperte MdB Dr. Friedbert Pflüger zum Thema NATO-Erweiterung, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 27.7.1996.

⁷ Siehe hierzu Anneli Ute Gabanyi, Rumäniens Sicherheit und die NATO, in: Südosteuropa 1-2/1994.

⁸ Siehe hierzu Julij A. Kwizinskij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1994, S. 32.

⁹ Adevărul, 11.4.1991.

¹⁰ Radio Moskau, 27.3.1991.

¹¹ Envisageant des 'liens plus forts' avec l'OTAN. Bucarest veut modifier son traité avec l'URSS, in: Le Monde, 2.11.1991.

bestimmte, und der demokratischen Opposition in Sicherheitsfragen sehr ausgeprägt. Doch auch innerhalb der neuen Führung gab es zwischen den systemkonservativen Kräften und der Gruppe junger Technokraten im Umkreis von Premierminister Petre Roman zu dieser Zeit keinen Konsens in Sicherheitsfragen. Es blieb den eher westlich orientierten und reformfreundlichen Mitgliedern der Regierung Roman überlassen, Schritte auf dem Weg einer Annäherung Rumäniens an die politischen und militärischen Institutionen des Westens einzuleiten.

Die rumänische Öffentlichkeit reagierte spätestens seit der Unterzeichnung des rumänisch-sowjetischen Grundlagenvertrags in der Frage der künftigen Bündnisoption Rumäniens sehr empfindlich. Bei den Wahlen vom September 1992 verlor die Präsident Ion Iliescu stützende Partei, die sich von dem Flügel um den – inzwischen gestürzten – Ministerpräsidenten Petre Roman abgespalten hatte, die absolute Mehrheit. Die demokratischen Parteien, die im Wahlkampf einen baldigen Beitritt des Landes zur NATO befürworteten mit dem Ziel, die Sicherheit des Landes nach außen und Demokratie nach innen zu gewährleisten, gewannen an Einfluß, den sie im Parlament einzubringen wußten.

Das Programm der 1992 gewählten Regierung bezeichnete die volle Integration in die westeuropäischen Strukturen einschließlich NATO und WEU als das außenpolitische Staatsziel Rumäniens. In einem Schreiben an den NATO-Generalsekretär vom 18. September 1993 ersuchte Präsident Iliescu offiziell um die NATO-Mitgliedschaft Rumäniens. Am 26. Januar 1994 unterzeichnete Rumänien als erster ehemaliger Warschauer-Pakt-Staat das Abkommen über die NATO-Partnerschaft für den Frieden. Unmittelbar nach Polen stellte Rumänien am 28. April 1994 als zweites Land sein individuelles Partnerschafts-Programm im Brüsseler NATO-Hauptquartier vor. Am 26. April 1996 begann der individuelle Dialog zwischen Rumänien und der NATO. Zwei weitere Gesprächsrunden fanden im Juli und im Oktober 1996 statt.

Um dem Aufnahmebegehren Bukarests zusätzlichen Nachdruck zu verleihen, hatte die damalige rumänische Regierung 1996 eine erste außenpolitische Offensive mit dem Ziel der Aufnahme Rumäniens in die Nordatlantische Allianz gestartet.¹² Innenpolitisch spielte die Frage des NATO-Beitritts ebenfalls eine wichtige Rolle. Der amtierende Präsident Iliescu und die damalige Regierung warben im Wahlkampf 1996 mit ihren wirklichen oder behaupteten außenpolitischen Erfolgen. Die damalige Opposition warf der Führung vor, die Chancen Rumäniens auf eine NATO-Mitgliedschaft durch ihre nicht immer eindeutige und transparente Außenpolitik sowie durch die Regierungsallianz mit sozialistisch-nationalistischen Parteien möglicherweise verspielt zu haben.¹³

¹² Interviews des damaligen rumänischen Verteidigungsministers Gheorghe Tinca in: *Adevărul*, 29.7.1996, und *Azi*, 19.7.1996.

¹³ Emmerich Reichrath, *Wahlkampf und Außenpolitik*, *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 1.5. 1996, und Octavian Ştoreanu, *Guvernarea Iliescu își asumă un eşec istoric, România rămâne în afara NATO* (Die Regierung Iliescu übernimmt die Verantwortung für ein historisches Versagen, Rumänien bleibt außerhalb der NATO), in: *Azi*, 6.5.1996. Siehe auch: *Adevărul*, 9.11.1996.

2. Die Kriterien der NATO-Erweiterung

Spitzenvertreter der NATO – wie jüngst NATO-Generalsekretär Javier Solana anlässlich des Besuchs des rumänischen Verteidigungsministers Victor Babiuc in Brüssel – werden nicht müde, zu betonen, daß der Erweiterungsprozeß des westlichen Bündnisses ein offener Prozeß sei, der gemäß den im Dezember 1995 auf der Tagung des NATO-Rates festgelegten Kriterien ablaufen werde.¹⁴ Diese Kriterien sind in der damals verabschiedeten Studie über die NATO-Erweiterung enthalten. Wenige Wochen vor der Gipfelkonferenz in Madrid hat die NATO jedoch offiziell noch keine Angaben über die Anzahl oder die Identität der künftigen Beitrittskandidaten abgegeben. Übereinstimmung unter den wichtigsten Mitgliedstaaten der NATO gibt es offenbar darüber, daß nicht alle Beitrittskandidaten auf einmal aufgenommen werden können und sollen.

Inoffiziell scheint der Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozeß in und zwischen den Kanzleien der NATO-Staaten jedoch schon weiter gediehen zu sein. In einer ausführlichen Analyse geht Antje Vollmer, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, wie selbstverständlich davon aus, daß allein "Tschechien, Ungarn, Polen, manchmal noch Slowenien sichere Kandidaten für den Beitritt sind. ...Die meisten Beobachter sind sich darin einig, daß die Aufnahme weiterer Staaten in die NATO über die bereits genannten hinaus unwahrscheinlich ist". Als Gründe für die Begrenzung der NATO-Aufnahme auf die genannte Dreier- oder maximal Vierergruppe nennt sie den Widerstand Rußlands, das innenpolitische Kalkül der Vereinigten Staaten, die Kostenfrage sowie die unsichere politische Lage in einigen Ländern.¹⁵

Diese politische Unschärfe, wie sie auch in den Aussagen anderer Politiker in Erscheinung tritt, ist jedoch nach Ansicht von Beobachtern weder ein Zufall noch eine Panne, sondern Absicht, denn eine "Festlegung von Beitrittskriterien hätte, das ist zumindest die Befürchtung der Allianz, als Vorentscheidung wirken und ihre Entscheidungsfreiheit einengen können, denn sie hätte es Interessenten ermöglicht, von erfüllten Kriterien einen Aufnahmeanspruch abzuleiten".¹⁶ Frits Bolkestein, Abgeordneter des niederländischen Parlaments und Vorsitzender der Liberalen Partei Hollands, verweist auf die Schwierigkeit, "objektive Aufnahmekriterien" für den Beitritt neuer Mitglieder zur NATO festzulegen: "Sobald Kriterien bestimmt werden, besteht die Gefahr, daß eigentlich nicht erwünschte Staaten eingeschlossen oder aber genau diejenigen Staaten ausgeschlossen werden, die man aufnehmen möchte. In der Praxis ergibt sich zudem das Problem, wie sich beurteilen läßt, ob die Kriterien erfüllt sind oder nicht."¹⁷

¹⁴ Romanian Military Newsletter, Volume 2.11, March 1997.

¹⁵ Antje Vollmer, Von Brandt und Genscher lernen. Die NATO-Erweiterung muß mit einer neuen Entspannungspolitik verbunden werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.2.1997.

¹⁶ Karl Feldmeyer, Ein strategisches Ziel. Die NATO-Erweiterung gilt als sicher, auch wenn fast alle Fragen noch offen sind, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.1.1997.

¹⁷ Frits Bolkestein, Die NATO, Vertiefung oder Ausbau?, in: NATO Brief, Juli 1996, S. 20-24.

Aufmerksam wird in Rumänien registriert, wie die ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten in den westlichen Medien selten gemäß den offiziell vorgegebenen Kriterien analysiert werden. Viel häufiger werden sie aufgrund vorgefaßter Meinungen in fixe, stark vereinfachende Kategorien gepreßt. Da wird unterschieden zwischen "front-runners" (Polen, Ungarn, Tschechien) und "non-starters" (der Rest)¹⁸, zwischen ehemals kommunistischen Ländern, die "prosperous and stable" sind (Polen, Ungarn, Tschechien), deren Aufnahme in EU und NATO nur eine Frage des Zeitpunkts seien, und "armen" Ländern (Bulgarien, Rumänien, Albanien), die angeblich auf einen Status zusteuern sollen, der als "depressed Euro-Suburb" beschrieben wird.¹⁹ Nicht selten wird differenziert zwischen "Musterknaben" (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien) und "Sorgenkindern" (Rumänien, Bulgarien)²⁰ zwischen den "Eliteststaaten" (Polen, Tschechien, Ungarn) und den "Randstaaten Sub-Europas" (Bulgarien, Rumänien).²¹ Auch wird in der rumänischen Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß es zwar Kriterien gebe, daß aber "leider jedem dieser Kriterien in der 'Interpretationssicht' der einzelnen NATO-Mitglieder ein unterschiedliches Gewicht beigemessen wird".²²

3. Demokratie und Marktwirtschaft

3.1 Demokratischer Machtwechsel

Am 3. November 1996 fanden in Rumänien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt, die zu erdrutschartigen Veränderungen der politischen Landschaft geführt haben. Im Zuge der Parlamentswahlen verlor die seit 1992 regierende *Partei der Sozialen Demokratie (PSDR)* ihre bisherige relative Mehrheit. Stärkste politische Kraft im Senat und im Abgeordnetenhaus wurde das bisherige Oppositionsbündnis *Rumänische Demokratische Konvention*. Bei der am 17. November 1996 abgehaltenen Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen wählten die Rumänen anstelle des bisherigen Amtsinhabers Ion Iliescu, den die *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens* aufgestellt hatte, den Vorsitzenden der oppositionellen Rumänischen Demokratischen Konvention, Emil Constantinescu, zum neuen Staatspräsidenten.²³

Zum ersten Mal innerhalb der vergangenen 50 Jahre hatten die Bürger Rumäniens mit demokratischen Mitteln einen Machtwechsel herbeigeführt.²⁴ Erstmals schied auch der Staatschef auf friedlichem, demokratischem Wege aus dem Amt. Damit befand sich Rumänien wie

¹⁸ Almar Latour, Europe in Transition, in: Wall Street Journal Europe, 27.12.1996.

¹⁹ Jane Perlez, Chasm Across Eastern Europe Splits Stable Nations From Poor, in: International Herald Tribune, 25.1.1997.

²⁰ Matthias Rüb, Gemeinsam im Osten Europas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.1.1997.

²¹ Josef Riedmiller, a.a.O. (Anm. 4).

²² Eugen Arsenie, Pregatind admiterea de noi membri NATO. 'Cântăria' finală (Bei der Vorbereitung neuer NATO-Mitglieder. Die letzte Abwägung), in: Azi, 24.1.1997.

²³ Siehe hierzu Anneli Ute Gabanyi, Kommunalwahlen in Rumänien, in: Südosteuropa, Nr. 11-12/1996, S. 781-814.

²⁴ Tia Şerbănescu, Despărţirea de Iliescu (Abschied von Iliescu), in: 22, Nr. 47, 20.-26.11.1996.

schon 1989 in einer phasenverschobenen Gegenentwicklung zum Rest der ehemals kommunistischen Staatenwelt Ostmitteleuropas. Während anderswo (Bulgarien, Ungarn, Polen) das Pendel von den Parteien einer improvisierten Rechten inzwischen zurück zu sozialdemokratisch mutierten Reformkommunisten geschlagen hatte, bildeten im Gegensatz dazu in Rumänien Christdemokraten, Liberale und Sozialdemokraten gemeinsam mit den Vertretern der ungarischen Minderheit eine neue Regierung.

3.2 Ethnische und religiöse Toleranz

Bereits vor den Wahlen von 1996 war der Rahmen für die in der Verfassung garantierten Rechte der Minderheiten, ihre ethnische, sprachliche und religiöse Identität beizubehalten und zu entwickeln, garantiert. Politische Organisationen der Minderheiten sind zugelassen. Sie alle sind *de jure* im rumänischen Parlament auch dann vertreten, wenn sie bei den Wahlen nicht die erforderliche Stimmenzahl erzielen können. Kritik an der Praxis der bisherigen Regierung seitens der Minderheiten entzündete sich an Mängeln der Gesetzgebung, insbesondere im Bereich der Bodenrestitution, der Schulgesetzgebung und der Rückgabe des Körperschaftsvermögens.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde daher die Tatsache registriert, daß der *Demokratische Verband der Ungarn Rumäniens*, die politische Vertretung der ungarischen Minderheit, an der neuen Regierung von Ministerpräsident Ciorbea beteiligt wurde, obwohl die Wahlarithmetik dies nicht zwingend erforderlich gemacht hatte, und obwohl diese Entscheidung im Verband der Ungarn nicht unumstritten war.²⁵ Die Vertreter der neuen Regierung ebenso wie die demokratischen Kräfte in der Vertretung der ungarischen Minderheit wollten damit den Weg ebnen für eine endgültige Lösung ethnischer Probleme auf dem Wege der Demokratisierung der Gesellschaft und der partnerschaftlichen Annäherung an das Nachbarland Ungarn.

3.3 Pressefreiheit

In Rumänien ist der Prozeß der politischen Emanzipation, der Privatisierung und der technologischen Modernisierung des Mediensystems weit fortgeschritten. Über 80 Prozent der Kabelsender und Printmedien werden privat finanziert. Seit Ende 1995 sind die beiden öffentlich-rechtlichen Fernsehkanäle einem starken Konkurrenzkampf durch private, landesweit über Satellit zu empfangende Fernsehsender ausgesetzt. Es gibt Stimmen, die den Wahlsieg der Opposition zu einem nicht geringen Teil auf die Tatsache zurückführen, daß das Monopol des staatlich beeinflussten Fernsehens im Wahljahr 1996 nicht mehr wirksam war.

3.4 Marktwirtschaftliche Reformen

Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage, welche die neue Regierung zwar nicht zu verantworten, wohl aber übernommen hatte, nahmen sich die im Regierungsprogramm vorgezeich-

²⁵ Andras Oplatka, Rumäniens Ungarnverband als Regierungspartei. Jäher Rollenwechsel und innere Gegensätze, in: Neue Zürcher Zeitung, 3.3.1997.

neten Maßnahmen aus der Sicht mancher Beobachter wie eine "Neuaufgabe der Quadratur des Kreises" aus.²⁶ Diese Sachzwänge ebenso wie die daraus abgeleiteten Vorgaben des Internationalen Währungsfonds ließen der Regierung von Premierminister Victor Ciorbea kurzfristig keine Alternative zu einer strengen Austeritätspolitik. In seinen Grundzügen zielt das Langzeitprogramm der Regierung auf eine Fortführung der begonnenen Veränderungen und die Inangriffnahme der seit 1989 nur in Aussicht gestellten bzw. formal betriebenen Reformen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ab. Die Hauptziele heißen Dezentralisierung, Beschneidung der Bürokratie, Privatisierung, Ausschaltung der Monopole und Begünstigung der Konkurrenz, Rückgang der Steuern und Abgaben, sozialer Schutz für wirklich Bedürftige, Transparenz. In der Tat befehligen sich die Vertreter der neuen Regierung einer bemerkenswerten "neuen Offenheit", wenn es darum geht, die Schwierigkeiten anzusprechen, die sich für Rumänien aus der schwierigen Wirtschaftslage und dem relativen Reformrückstand ergeben.

Die Neufassung des einschlägigen Gesetzes, das Ende April vom rumänischen Staatspräsidenten unterzeichnet wurde, bietet westlichen Investoren erstmals die Möglichkeit, Grund und Boden zu erwerben. Zu den weiteren Verbesserungen der Investitionsbedingungen gehören die Beschneidung bürokratischer Hemmnisse und die Reduzierung der Profitsteuer.

3.5 Kampf gegen Korruption

Der von dem neugewählten rumänischen Präsidenten Emil Constantinescu persönlich angeregte und von einem eigens dafür eingerichteten Departement innerhalb der Regierung koordinierte Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität hat auch eine politische Komponente: Inhaber wichtiger Ämter – wie der Chef des Generalinspektorats der Polizei – wurden ausgewechselt. Mit diesen Maßnahmen will Rumänien nicht nur die Korruption im Innern beschneiden, sondern sich zugleich als Vorreiter bei der Bekämpfung jener neuen Sicherheitsrisiken darstellen, denen die Aufmerksamkeit seiner außen- und verteidigungspolitischen Experten gilt.²⁷

3.6 Kontrolle der Sicherheitsdienste

Wie überall in den Staaten Ostmitteleuropas, die einen Beitritt zur NATO anstreben,²⁸ besteht das Problem der zivilen Kontrolle der Geheimdienste. In Rumänien gibt es eine große Zahl miteinander konkurrierender Dienste. Zudem spielen sich auch innerhalb der einzelnen Dienste Machtkämpfe ab.²⁹ Formal steht der Rumänische Nachrichtendienst SRI, der im Juni

²⁶ Andrei Cornea, Cvadratura cercului (Die Quadratur des Kreises), in: 22, Nr. 50, 10.-16.12.1996.

²⁷ Andreas Oplatka, Kampf um den Rechtsstaat in Rumänien, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.1.1997.

²⁸ Siehe beispielsweise Thomas Urban, Entstasifizierung auf polnisch, in: Süddeutsche Zeitung, 14.4.1997, und Michael Frank, Paneuropäer observiert. Tschechischer Geheimdienst als Gesinnungsschnüffler, in: Süddeutsche Zeitung, 11.3.1997.

²⁹ Siehe hierzu u.a. Cornel Ivanciuc, Dezinformarea - o specialitate românească (Desinformation - eine rumänische Spezialität), in: 22, Nr. 17 und 18, 26.4.- 2.5.1995 und 3.-9.5.1995 sowie ders., Problema Serviciului de Informații Externe (Das Problem des Auslandsinformationsdienstes), in: 22, Nr. 26, 28.6. - 4.7.1995.

1990 gegründet, doch erst im Jahre 1992 gesetzlich konstituiert wurde, unter der Kontrolle des Parlaments.

Anfang Mai 1997 erklärte Virgil Măgureanu, der seit seiner Gründung amtierende Leiter des Nachrichtendienstes SRI, wenige Monate vor dem Auslaufen seiner regulären Amtszeit seinen Rücktritt. Ihm war bereits von der neuen Regierung ein erster Stellvertreter beigegeben worden, der in hohem Maße das Vertrauen des Präsidenten und des Premierministers besitzt. Die neue Regierung beabsichtigt, die Zahl der Dienste zu beschränken, ihre Zusammenarbeit zu verbessern und die demokratische Kontrolle und Transparenz auf diesem Gebiet zu verankern.

3.7 Umweltpolitik

Rumänien ist das einzige Land des ehemaligen Ostblocks, das sich vor 1989 weigerte, Kernkraftwerke des sowjetischen Typs auf seinem Territorium zu bauen. Statt dessen wurde in Cernavoda das modernste Kernkraftwerk Mitteleuropas errichtet, das mit westlicher (Candu-) Technologie und nach westlichen Sicherheitsstandards erbaut wurde. Ein erster Reaktor ist bereits ans Netz gegangen, weitere fünf werden folgen und die Energiesicherheit nicht nur Rumäniens, sondern auch anderer Staaten der Region (Bulgarien, Ukraine?) erhöhen. Am 30. Dezember 1995 trat ein neues Umweltgesetz in Kraft, das mit Blick auf gültige EU-Standards konzipiert wurde. Besonders umweltschädliche Betriebe wurden stillgelegt, die Modernisierung anderer ist eine Frage der Mittel und der Zeit.

4. Beachtung der OSZE-Normen im Verhältnis zu den Nachbarländern

Seit den Wahlen vom November 1996 versucht die rumänische Diplomatie, ihre Beziehungen zu den drei anderen ostmitteleuropäischen Kandidaten in Übereinstimmung mit der strukturellen Gesamtkonzeption der Gestaltung der "neuen NATO" auszubauen. Vorgesehen ist die Bildung von Partnerschaften zwischen Rumänien einerseits und Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik andererseits, die als funktionale "Andockpunkte" für Staaten außerhalb des Assoziierungsgebiets dienen können.

4.1 Ungarn

Die durch die Unterzeichnung und Ratifizierung des Grundlagenvertrags noch vor den Parlamentswahlen eingeleitete Normalisierung der Beziehungen zu Ungarn hat das Ansehen Rumäniens und seine Chancen, bei der ersten Runde der NATO-Erweiterung vielleicht in Betracht gezogen zu werden, erheblich beeinflusst. Mit der darin getroffenen Vereinbarung, daß sich die Vertragspartner bei ihren jeweiligen Bemühungen um einen NATO-Beitritt gegenseitig unterstützen wollen, wurde ein mögliches künftiges Konfliktpotential zwischen Rumänien und Ungarn entschärft.³⁰

³⁰ Es ist in diesem Zusammenhang interessant zu erwähnen, daß Rußlands Außenministerium sein Mißfallen mit exakt dieser Klausel des Vertrags öffentlich geäußert hat, Adevărul, 18.9.1996.

Rumänien war ebenso wie Ungarn am Abschluß dieses Vertrags interessiert gewesen, der ihnen gegenüber der NATO als Nachweis für die Lösung territorialer Probleme mit ihren Nachbarstaaten innerhalb des Assoziierungsgebietes dienen soll.³¹ In Ungarn sah man zudem die Gefahren, die entstehen könnten, wenn die Ostgrenze des Landes zur neuen Ostgrenze des Atlantischen Bündnisses werden sollte.³² Ein weiteres Argument für das Einlenken Ungarns war die Befürchtung, im Falle eines Nichtbeitritts Rumäniens zu den euro-atlantischen Strukturen von der dort lebenden ungarischen Minderheit abgeschnitten zu werden: "In Wahrheit", so Ungarns Präsident Árpád Göncz, "wollen wir die Teilnahme Rumäniens an Europa, denn wir wollen nicht länger von den zwei Millionen Ungarn durch die Grenze getrennt sein."³³

Die neue rumänische Regierung hat der Gestaltung der Beziehungen zu Ungarn eine neue Dimension verliehen. Die Einbeziehung des *Demokratischen Verbandes der Ungarn Rumäniens* in die Regierung hat wesentlich dazu beigetragen, die rumänisch-ungarischen Beziehungen von der Stufe der historischen Aussöhnung zu einer echten Partnerschaft aufzuwerten. Um die Priorität zu unterstreichen, die man der Beziehung zu dem "natürlichen Verbündeten"³⁴ Ungarn beimaß, unternahmen Außenminister Adrian Severin im Januar 1997 und Premierminister Victor Ciorbea im März 1997 ihre ersten Auslandsbesuche nach Ungarn. Im Gegenzug zu der von ungarischen Vertretern zugesagten Unterstützung Rumäniens bei seinem Streben um einen frühen NATO-Beitritt, aber auch bei der erwarteten schmerzhaften Durchführung seines radikalen Reformprogramms, hat Rumänien weitreichendes Entgegenkommen bei der Behandlung von bisher scheinbar unlösbaren Fragen wie der Eröffnung von Konsulaten zugesagt.³⁵ Im Bereich der Wirtschaft sind gemeinsame Projekte im Infrastrukturbereich und die Herstellung der Konvertibilität der Währungen vorgesehen, außerdem die Anerkennung von Diplomen, Schüler- und Studentenaustausch usw. Zum Ausbau der seit der Wende sehr gut funktionierenden militärischen Beziehungen hat die rumänische Seite die Bildung einer gemeinsamen rumänisch-ungarischen Peacekeeping-Einheit vorgeschlagen.

4.2 Ukraine

Der Abschluß eines Grundlagenvertrags mit der benachbarten Ukraine galt während der vier Jahre dauernden Verhandlungen als das wichtigste, aber auch heikelste Problem für die rumänische Diplomatie. Am 5. Mai 1997 wurde er schließlich von den Außenministern Rumäniens und der Ukraine in Kiew paraphiert. Obwohl dieser Vertrag – anders als der Grundlagenvertrag mit Ungarn – nicht unter die ausdrücklich von der NATO aufgestellten Kriterien für die Beziehungen zwischen Beitrittskandidaten fiel,³⁶ wurde er von einigen Mitgliedstaaten

³¹ Dumitru Tinu, Paşaportul pentru NATO (Der Paß für die NATO), in: Adevărul, 12.12.1996.

³² Mediafax, 25.2.1997.

³³ Hermann Bohle, Ungarn, Zuerst in die NATO, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 19.9.1996.

³⁴ Andreas Oplatka, Annäherung zwischen Rumänien und Ungarn, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.1.1997.

³⁵ Andreas Oplatka, Neues Klima zwischen Ungarn und Rumänien, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.3.1997.

³⁶ Dumitru Tinu, KGB incită la ... reîntregirea României (Der KGB wiegelt zur ... Wiedervereinigung Rumäniens auf), in: Adevărul, 10.3.1997.

offenbar dennoch als eine *conditio sine qua non* eingestuft. Westliche Politiker, so eine westliche Nachrichtenagentur, hätten die rumänische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß die Aufnahme Rumäniens in die NATO im Zuge der ersten Gruppe auch vom Abschluß des Grundlagenvertrages mit der Ukraine abhinge.³⁷ Politiker aus NATO-Mitgliedstaaten wie den USA bestätigen diese Lesart.³⁸ Ähnlich lautende Signale kamen auch aus der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien.³⁹ Der derzeitige Außenminister Adrian Severin und sein Amtsvorgänger Teodor Meleşcanu sahen das anders. Während Meleşcanu ausdrücklich bekräftigte, daß "der Grundlagenvertrag mit der Ukraine keine verpflichtende Bedingung für den Eintritt in die NATO" darstelle,⁴⁰ sagte Severin, der Abschluß dieses Vertrages werde von großer, aber nicht entscheidender Bedeutung sein.⁴¹ Die Verhandlungen mit der Ukraine, so Severin, würden nicht unter dem Druck des NATO-Beitritts geführt.⁴² Man wolle mit diesem Vertrag nicht "eine Eintrittskarte für die NATO" erlangen, sondern die Grundlage für eine dauerhafte, stabile Beziehung zu einer "starken, stabilen und freundlich gesinnten" Ukraine schaffen.⁴³

Gelegentlich wollte es scheinen, als versuchten diplomatische Vertreter Kiews, den Verhandlungsdruck der anderen Seite zum eigenen Vorteil auszunutzen. Die Regierung der Ukraine selbst ging offenbar davon aus, daß die Chancen Rumäniens, der NATO beizutreten, wesentlich vom Abschluß eines Grundlagenvertrags mit der Ukraine abhängen.⁴⁴

Im Zuge der Verhandlungen pocht die Ukraine darauf, im Falle der von der Sowjetunion 1940 von Rumänien annektierten Ostgebiete als Rechtsnachfolger der Sowjetunion anerkannt zu werden.⁴⁵ Für die "Verbrechen des totalitären Staates" Sowjetunion wollte Kiew allerdings keine Verantwortung übernehmen.⁴⁶ Dennoch griffen ukrainische Vertreter auf klassische historische Argumente der Sowjetunion zurück, wenn es galt, das Beharren Rumäniens auf

³⁷ Zitiert von Evenimentul Zilei, 2.3.1997.

³⁸ Dumitru Constantin: Dorința României de a intra în Alianța, sprijinită de congresmanul Tom Lantos (Der Wunsch Rumäniens, der Allianz beizutreten, wird vom Kongreßmitglied Tom Lantos unterstützt), in: Adevărul, 26.2.1997.

³⁹ Emil Hurezeanu, Germania, Rusia și România - tentative strategice și diplomatice (Deutschland, Rußland und Rumänien - strategische und diplomatische Versuche), in: 22, 18.-24.9.1996, und Mugurel Rădulescu, Malcolm Rifkind nu promite nimic privind intrarea în Alianța Nordatlantica (Malcolm Rifkind verspricht nichts hinsichtlich des Beitritts zur Nordatlantischen Allianz), in: Adevărul, 29.1.1997.

⁴⁰ Teodor Meleşcanu, Tratatul cu Ucraina nu este obligatoriu pentru intrarea în NATO (Der Vertrag mit der Ukraine ist für den Beitritt zur NATO nicht verpflichtend), in: Adevărul, 5.2.1997.

⁴¹ Dumitru Constantin: Presedintele Kucima nu a declarat că relațiile cu România sunt tensionate (Präsident Kutschma hat nicht erklärt, die Beziehungen zu Rumänien seien gespannt), in: Adevărul, 10.2.1997.

⁴² Adevărul, 22.3.1997.

⁴³ Cristiana Terenche, NATO, UE, Ucraina, Rusia, CEFTA (NATO, EU, Ukraine, Rußland, CEFTA), in: România Liberă, 13.2.1997.

⁴⁴ România Liberă, 3.3.1997.

⁴⁵ Kiews Annäherung an die NATO. Neue Sicherheitsdoktrin - Mitgliedschaft als Fernziel, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.2.1997.

⁴⁶ Der ukrainische Präsident Leonid Kutschma in Mediafax: Ribbentrop-Molotow-Pakt nicht unser Problem, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 25.4.1996.

einer Verurteilung des Molotow-Ribbentrop-Pakts von 1939 anzuprangern. Diesen Versuch der rumänischen Seite, moralische Rechtfertigung für – aus eigener Sicht – erlittenes geschichtliches Unrecht zu fordern, deutete die Ukraine als Revisionsforderung. Den Kern der jahrelangen Diskussionen über den Grundlagenvertrag zwischen Rumänien und der Ukraine bildete jedoch das Problem der Festlegung der Seegrenze bzw. der Abgrenzung einer ausschließlichen rumänischen Wirtschaftszone im Schwarzen Meer. Das Gebiet zwischen der Donaumündung und der Schlangeninsel ist nicht nur von erheblicher strategischer Bedeutung, es ist auch reich an Erdöl- und Erdgasvorkommen. An diesen Vorkommen dürfte die rohstoffarme Ukraine noch viel mehr interessiert sein als die ehemalige Sowjetunion.⁴⁷

Die Ukraine-Politik der neuen rumänischen Regierung war pragmatischer und flexibler als die ihrer Vorgänger. In Bukarest war man jetzt bereit, "historische Zugeständnisse" zu machen und auf die Verurteilung des Molotow-Ribbentrop-Pakts durch die Ukraine zu verzichten. Die rumänische Regierung legte den Verhandlungen über einen Grundlagenvertrag mit der Ukraine eine neue Sichtweise zugrunde. Das neue Konzept fußte auf der Anerkennung der Bedeutung der Ukraine für die europäische Sicherheitsarchitektur im Allgemeinen und für die Sicherheit Rumäniens im Besonderen. "Die Sicherheit und die territoriale Integrität der Ukraine sind Teil des nationalen Interesses Rumäniens", sagte Außenminister Adrian Severin am 7. Februar 1997 auf einer Pressekonferenz. Er schlug vor, ein dreiseitiges Konsultations- und Kooperationssystem zwischen Rumänien, Polen und der Ukraine zu schaffen.⁴⁸

In der rumänischen Presse wurde der Grundlagenvertrag mit der Ukraine intensiv und kontrovers diskutiert. Die Öffentlichkeit beschäftigte vor allem die Frage, ob es vertretbar sei, der Ukraine weitgehende Zugeständnisse zu machen, ohne daß man die Garantie habe, dadurch dem Beitritt in die NATO näher gekommen zu sein. Teilnehmer an einem Rundtischgespräch gelangten zu dem Schluß, der Abschluß des Vertrages mit der Ukraine gebe Rumänien keine Garantien, daß es beim Ausweitungsprozeß der NATO von Anfang an dabei sein werde. Käme der Vertrag mit der Ukraine jedoch nicht zum Abschluß, so würde dies die Chancen Rumäniens auf einen NATO-Beitritt mit Sicherheit mindern.⁴⁹

Der schließlich paraphierte rumänisch-ukrainische Grundlagenvertrag ist das Ergebnis einer Reihe von Kompromissen. So einigten sich die beiden Seiten auf eine generelle Verurteilung "ungerechter Akte totalitärer Regime und Militärdiktaturen". Sie bekennen sich zu den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki, insbesondere zur Unantastbarkeit der Grenzen. Hinsichtlich der Menschenrechte nimmt der Vertragstext Bezug auf die Empfehlung Nr. 1204

⁴⁷ Die ehemalige Sowjetunion verlangte auch für die Schlangeninsel eine eigene exklusive Wirtschaftszone, während Rumänien mit dem Argument konterte, die Insel habe keine ständig dort lebende Bevölkerung und verfüge über kein Wirtschaftsleben. Siehe hierzu Constantin Iordache, *Necesitatea delimitării zonei noastre economice în Marea Neagră* (Die Abgrenzung unserer Wirtschaftszone im Schwarzen Meer), in: *Românul*, 3.-5.3.1997.

⁴⁸ *Mediafax*, 27.2.1997.

⁴⁹ *Tratatul cu Ucraina, Ce sacrificăm?* (Das Abkommen mit der Ukraine, Was opfern wir?), in: *România Liberă*, 5.3.1997.

des Europarats. Zudem wurde die geplante Einrichtung zweier Euroregionen angekündigt, denen sich auch die Republik Moldova anschließen kann. Bezüglich der beiden nach wie vor ungelösten Fragen – Schlangeninsel und Grenzverlauf auf dem Donauarm Chilia – wurde vereinbart, daß sie innerhalb der kommenden zwei Jahre auf dem Verhandlungswege gelöst werden sollen. Sollte keine Einigung erzielt werden, werde der Internationale Gerichtshof angerufen.⁵⁰

4.3 Polen

Der Beziehung zu Polen kommt in der strategischen Konzeption Rumäniens besondere Bedeutung zu. Man beruft sich dabei in Bukarest auf die These von der Ähnlichkeit und Gleichwertigkeit der Position Rumäniens und Polens für den südlichen bzw. nördlichen Flügel der NATO. Beiden Staaten, so heißt es, kommt hinsichtlich der Sicherheit der Ukraine eine Schlüsselfunktion zu. In Rumänien denkt man über eine dreiseitige militärische Zusammenarbeit zwischen Rumänien, Polen und der Ukraine nach. Die Rede ist auch von der Ankerfunktion, die beide Staaten in ihrer spezifischen Region (Polen für die baltischen Staaten, Rumänien für die Balkanstaaten und den Kaspischen Raum) haben könnten.

4.4 Tschechien

Während die diplomatische Offensive für die Einbeziehung Rumäniens in die erste Gruppe der NATO-Erweiterung in Warschau anlässlich des Staatsbesuches von Präsident Emil Constantinescu auf ein positives Echo traf, stand man in Prag dem Wunsch Rumäniens, im Zuge der ersten Erweiterungswelle in die NATO aufgenommen zu werden, ausgesprochen kühl gegenüber. Tschechien – so Präsident Václav Havel – werde Rumänien "früher oder später" in der NATO begegnen, eine Aussage, die sein Sprecher folgendermaßen präziserte: "Rumänien und die Tschechische Republik werden der NATO getrennt beitreten."⁵¹ Der tschechische Premierminister Václav Klaus äußerte sich ebenfalls reserviert.

4.5 Rußland

Die Politik der neuen Führung gegenüber Rußland ist darauf gerichtet, die beiderseitigen Beziehungen durch den baldigen Abschluß eines Grundlagenvertrags mit der Russischen Föderation zu normalisieren, ein Klima des gegenseitigen Vertrauens aufzubauen und die Wirtschaftskontakte zu aktivieren. Bekanntlich hatte Moskau wegen der Nichtratifizierung des im April 1991 paraphierten rumänisch-sowjetischen Grundlagenvertrags durch das rumänische Parlament die Beziehungen zu Rumänien auf Eis gelegt. Wie in den Staaten der NATO sieht man auch in Bukarest in einem demokratischen und stabilen Rußland die Gewähr dafür, daß von diesem Land keine Gefahr für die Sicherheit des Kontinents ausgeht. Rumänien setzt sich ebenso wie die Allianz dafür ein, Rußland davon zu überzeugen, daß die Erweiterung der NATO der Sache der Sicherheit und Stabilität in Europa dienlich ist.

⁵⁰ Kiew und Bukarest paraphieren Grundvertrag, in: Neue Zürcher Zeitung, 5.5.1997.

⁵¹ Curierul Național und Ziua, 11.3.1997.

4.6 Moldova

Hinsichtlich der Beziehungen Rumäniens zur Republik Moldova verharret auch die neue Regierung auf dem Standpunkt, es handle sich um ein Verhältnis besonderer Art. Die Unterzeichnung eines politischen Abkommens mit Moldova gilt als eine der Prioritäten der neuen Außenpolitik. Das Ziel: Bildung eines gemeinsamen Kultur- und Wirtschaftsraums und europäische Integration beider rumänischer Staaten.

4.7 Bundesrepublik Jugoslawien

Eine Akzentverschiebung ist in der Politik Rumäniens gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien zu beobachten. Die historisch gewachsenen Bindungen zu Serbien werden erwähnt, zugleich verweisen rumänische Diplomaten jedoch darauf, daß Rumänien trotz dieser traditionell guten Beziehungen zu Belgrad nicht gezögert habe, das gegen Serbien und Montenegro verhängte Embargo einzuhalten.

Die bilaterale militärische Zusammenarbeit Rumäniens mit westlichen Staaten, insbesondere den USA, aber auch der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, ist sehr eng. In der Region hat Rumänien Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit den Streitkräften Bulgariens, der Republik Moldova, Ungarns, Polens und der Russischen Föderation abgeschlossen. Mit Bulgarien und Ungarn wurden zudem Abkommen über Vertrauensbildung und Sicherheit unterzeichnet, mit Ungarn ist seit 1992 ein "Open Sky"-Abkommen in Kraft.

5. Die Reform der Streitkräfte

Während vor den Wahlen vom November 1996 in den Staaten des Bündnisses gelegentlich Zweifel an der demokratischen Verfaßtheit Rumäniens oder an seiner Bereitschaft zum Ausgleich mit Nachbarstaaten geäußert wurden, ist die Bewertung der militärischen und militärpolitischen Parameter Rumäniens für den NATO-Beitritt – Zivilkontrolle, Streitkräftereform, Kompatibilität der Ausrüstung, Interoperabilität und Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei gemeinsamen Einsätzen mit NATO, UNO und OSZE – ziemlich unumstritten.

5.1 Zivile Kontrolle der Streitkräfte

In Rumänien ist die mehrstufige Reform der rumänischen Streitkräfte bereits 1991 als interner Prozeß der Demokratisierung und Modernisierung angelaufen. Die Spezifika der rumänischen Militärpolitik vor der Wende, die sich hinsichtlich Struktur, Doktrin, Ausrüstung und Allianzverhalten von allen anderen Armeen der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten unterschieden, bildeten die Grundlage für eine Reformpolitik eigenen Zuschnitts. Generalstab und Verteidigungsministerium sind integriert, es gilt der Primat der Politik. Im Unterschied zu den anderen mitteleuropäischen Reformstaaten stand die Ernennung eines Zivilisten zum Verteidigungsminister nicht am Beginn des Reformprozesses. Sie erfolgte vielmehr zu einem Zeitpunkt, da die rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen für eine effektive

Kontrolle der militärischen Strukturen durch die gewählten Organe des Staates gesichert waren.⁵²

- Im November 1991 wurde die neue rumänische Verfassung erlassen, die den rechtlichen Rahmen für demokratische Kontrolle der Streitkräfte als einer Komponente der exekutiven Macht gewährleistet. Diese Kontrolle erfolgt durch folgende Institutionen: Parlament, Staatspräsident, Verteidigungsrat, Regierung, die Militärgerichtsbarkeit, das Verfassungsgericht, den Obersten Finanzhof und den Ombudsman (eine Funktion, die noch geschaffen werden muß).
- Die Verteidigungspolitik Rumäniens ist in dem "Integrierten Konzept der Nationalen Sicherheit" und der darauf beruhenden "Militärischen Verteidigungsdoktrin" festgelegt. Ihre Grundprinzipien lauten: defensive Ausrichtung, "glaubwürdige Verteidigungskapazität", Interoperabilität mit den Armeen der westlichen, insbesondere der NATO-Staaten, Truppenreduzierungen gemäß dem CFE-Vertrag, Schaffung einer Berufsarmee. Gemäß einem Beschluß des Obersten Nationalen Verteidigungsrats wurden beide Dokumente der neuen Strategie und Doktrin der NATO angepaßt.⁵³
- Seit 1990 wurde eine Anzahl von Verfassungsgesetzen erlassen: das Gesetz für die Vorbereitung der nationalen Wirtschaft und des Territoriums für die Verteidigung, das Gesetz über Struktur und Organisation des Obersten Nationalen Verteidigungsrates, das Gesetz über den Status des militärischen Personals, das Gesetz über die Kriegsveteranen und das Gesetz zum Schutz des Personals und Vermögens der Rüstungsindustrie.
- Seit März 1994 steht nicht mehr, wie bisher, ein General an der Spitze des Verteidigungsministeriums. Auch der Hauptabteilung Verteidigungspolitik und internationale Beziehungen steht seit 1992 ein Zivilist als Staatssekretär vor. Im Zuge der Streitkräftereform wurden bis zu den Wahlen insgesamt 100 und in jüngerer Zeit weitere 55 bis 60 militärische Führungspositionen in zivile umgewandelt. Außerdem wurden noch zwei weitere Posten von Unterstaatssekretären geschaffen, die gleichfalls mit Zivilisten besetzt wurden.⁵⁴ Zur Zeit beträgt der Anteil der Zivilisten am Personal der Streitkräfte laut Auskünften aus dem rumänischen Verteidigungsministerium rund 20 Prozent, er soll aber weiter ansteigen. Das Problem, mit dem man sich konfrontiert sieht, sind die

⁵² The comparative analysis of the four Central European countries shows that during the political changes their military leaders wanted to insulate the armed forces from the competing political forces and political influences in general .../ civilian oversight of the military had become almost impossible as a result of separation, in: Janos Matus (Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen im Verteidigungsministerium Ungarns), Defense Establishments in the Central European Countries, in: Central European Issues, Nr. 1/ 1997.

⁵³ Romanian Military Newsletter, 16.1.1997, und Romanian Ministry of Defence, the Military Information and Public Relations Department (Hrsg.), Romanian Armed Forces. In the Service of Peace, Bukarest 1997, und Azi, 19.3.1997.

⁵⁴ Romanian Ministry of Defence, the Military Information and Public Relations Department (Hrsg.), Romanian Armed Forces. In the Service of Peace, Bukarest 1997.

Einkommensunterschiede zwischen den Inhabern militärischer und jenen ziviler Positionen zugunsten der ersteren.

- Seit 1992 besteht in Rumänien die Nationale Verteidigungsakademie (Colegiul Național de Apărare), die nach amerikanischen und französischen Vorbildern sowie nach dem Modell des NATO-College in Rom eingerichtet wurde, wo Zivilisten gemeinsam mit Soldaten ausgebildet werden. Mit der Gründung dieser Akademie verfolgte man das Ziel, Vertreter politischer Parteien, Verwaltungsfachkräfte, Journalisten etc. mit Problemen der Sicherheitspolitik vertraut zu machen. Im Zeitraum zwischen 1992 und 1996 haben 78 Militärs und 72 Zivilisten die Nationale Verteidigungsakademie absolviert.⁵⁵
- Zwischen 1990 und Mitte 1996 wurden insgesamt 473 rumänische Offiziere im westlichen Ausland ausgebildet, davon 91 bei der NATO, 84 in den USA, 80 in Großbritannien, 70 in der Bundesrepublik Deutschland, 45 in Italien, 40 in Kanada, 34 in den Niederlanden und 29 in Frankreich.
- Ebenfalls 1991 wurde beim Verteidigungsministerium eine Hauptabteilung für Militärinterinformation und Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet, die sowohl innerhalb der Truppe als auch mit Blick auf die Gesellschaft wirkt und einen wöchentlichen englischsprachigen Informationsbrief (Newsletter), der auch über das Internet abrufbar ist, herausgibt.
- 1995 wurde in einer Übereinkunft zwischen dem Verteidigungsministerium und der Orthodoxen Kirche die Entsendung von Militärseelsorgern, sogenannten Kaplanen beschlossen. Ähnliche Übereinkünfte sollen nun auch mit anderen Religionsgemeinschaften geschlossen und Gottesdienste für alle ermöglicht werden.

5.2 Neue Strukturen

- Die Umstrukturierung der rumänischen Streitkräfte war bereits Ende 1995 abgeschlossen. Die Divisions- und Regimentsebenen wurden aufgelöst und statt dessen die Korps- und Brigadeebenen wieder eingeführt.
- 1996 betrug die Zahl der Berufssoldaten in den rumänischen Streitkräften 17 Prozent – was als Beginn für eine teilweise Umwandlung in ein Berufsheer interpretiert wird.
- Die Streitkräfte werden kleiner, aber flexibler. Ihr Abbau bis auf die im CFE-Vertrag für Rumänien festgelegten personellen und materiellen Obergrenzen wurde bis November 1995 erreicht, teilweise wurde diese Grenze sogar unterschritten: 230.000 Soldaten (abgebaut: 41.000), 1.375 Panzer (abgebaut: 1.591), 1.475 Artilleriewaffen mit einem Kaliber von 100 mm und mehr (abgebaut: 2.423), 2.100 gepanzerte Fahrzeuge (abgebaut:

⁵⁵ Welchen Gewinn diese Akademie für die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Strukturen bedeuten kann, läßt sich daran ablesen, daß sowohl der neuernannte Generalstabschef, Brigadegeneral Constantin Degeratu, als auch der neue Staatssekretär und Leiter der Abteilung Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen, Constantin Dudu Ionescu, Absolventen des gleichen Jahrgangs dieser Akademie sind. Beide wurden übrigens seit der Wende auch im westlichen Ausland ausgebildet - der Generalstabschef in Großbritannien und sein Staatssekretär in den USA.

973), 430 Kampfflugzeuge (abgebaut: 78) und 120 Kampfhubschrauber (davon sind erst 16 vorhanden).

- Zum 1. März 1997 erfolgte die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe. Ihr Aufbau entspricht den Anforderungen für einen möglichen Beitritt zu NATO-Strukturen; sie kann NATO-Kräften in Krisenfällen oder internationalen Friedensmissionen zugeteilt werden. Die Eingreiftruppe besteht je zur Hälfte aus Wehrpflichtigen und Berufssoldaten. Ihren Kern bildet die 81. motorisierte Brigade, die in der siebenbürgischen Stadt Dej stationiert ist. Diese modern ausgerüstete Eliteeinheit verfügt über 800 Mann und soll in wenigen Jahren auf 2.500 Soldaten aufgestockt werden.⁵⁶
- Die neue Regierung faßte den Beschluß, alle einschlägigen Abteilungen des Verteidigungsministeriums in einem Sonderdepartement für Fragen der NATO-Interoperabilität zusammenzulegen.⁵⁷ Es ist beim Generalstab angesiedelt.
- Die Rüstungsproduktion und -beschaffung in den rumänischen Streitkräften ist darauf ausgerichtet, Interoperabilität mit NATO-Systemen zu erzielen, Betriebe der Rüstungsindustrie in Übereinstimmung mit europäischen Standards und den Sicherheitsvorschriften der NATO zu modernisieren und NATO-Standards einzuführen. Rumänien hat sich für die Einführung des Freund-Feind-Erkennungssystems von Thompson-CFC entschieden. Das System kann im Beitrittsfall von dem nationalen auf NATO-Code umgestellt werden.⁵⁸ Die Modernisierung der Ausrüstung der rumänischen Streitkräfte erfolgt durch technische Aufwertung vorhandenen Geräts gemäß NATO-Standards, durch Anschaffung von modernem Gerät oder durch den Erwerb bzw. die Entwicklung moderner Technologien für die eigene Rüstungsindustrie. Auf der Liste der Modernisierungsprioritäten stehen Projekte der Luftwaffe, der Luftabwehr und der gepanzerten Fahrzeuge an erster Stelle. Zu den wichtigsten laufenden Vorhaben gehören der Ankauf von C-130 Herkules Transportflugzeugen und F-16 Jagdflugzeugen aus den USA, die Modernisierung von MIG 21 Kampfflugzeugen und Hubschraubern in Israel, die gemeinsame Produktion von Kampfhubschraubern in Zusammenarbeit mit amerikanischen und französischen Rüstungsfirmen sowie die systemtechnische Optimierung des rumänischen Kampfpanzers TR 125, die in Zusammenarbeit mit der Firma Krauss-Maffei-Wehrtechnik erfolgen soll.⁵⁹

⁵⁶ Mediafax, Rumänien hat jetzt seine schnelle Eingreiftruppe, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 5.3.1997.

⁵⁷ Mediafax, Für Rumänien ist dies das Jahr der Integration, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 18.1.1997.

⁵⁸ Curierul Național, 24.3.1997.

⁵⁹ Florentin Popa, Procurement in the Romanian Armed Forces, Updating with a View to Interoperability, in: NATO's Sixteen Nations, Special Issue 1996, November 1996, und Malte Kessler, Ion Iliescu auf Testfahrt mit Kampfpanzer Leopard 2, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 3.7.1996.

5.3 *Transparenz des Rüstungshaushalts*

Eines der Argumente, die in den USA, aber auch in anderen Bündnisstaaten gegen eine Aufnahme Rumäniens in die NATO in der ersten Runde ins Feld geführt werden, ist die Sorge, daß der Allianz im Falle einer Aufnahme Rumäniens besonders hohe Kosten entstehen würden.⁶⁰ Das rumänische Verteidigungsministerium ist um Transparenz bei der Planung und Verabschiedung des Verteidigungshaushalts durch das Parlament bemüht. Zudem wurde mit Unterstützung der amerikanischen RAND-Corporation eine Kosten-Nutzen-Rechnung für den Beitritt des Landes zur NATO erarbeitet, die in Kürze veröffentlicht werden soll. Die wichtigsten darin enthaltenen Schlußfolgerungen lauten:

- Rumänien will nicht nur an den Vorteilen, sondern auch an den Verpflichtungen einer künftigen NATO-Mitgliedschaft partizipieren.
- Die – finanziellen, aber auch politischen und sicherheitspolitischen – Kosten einer eventuellen Nicht-Integration Rumäniens in die NATO sind sehr viel höher als die Kosten der Integration. Allein die finanziellen Mehrkosten der Nicht-Integration gegenüber den Integrationskosten, die zum Teil bereits im Vorfeld erbracht wurden, werden auf ungefähr 34 Prozent geschätzt.
- Die Kosten der Integration Rumäniens in die NATO, so heißt es in der Studie, können in allen Etappen der geplanten Modernisierungs- und Integrationsstrategie aus laufenden Haushaltsmitteln gedeckt werden. Der geplante Anteil des Verteidigungshaushaltes liegt 1997 bei knapp drei Prozent.
- Zusätzlich können aus dem gemeinsamen NATO-Fonds der Streitkräfte rund 60 Prozent der vorgesehenen Infrastrukturmaßnahmen gedeckt werden.
- Zu diesen Ressourcen kommen zusätzliche Mittel aus speziellen Kooperations- und Hilfsprogrammen.⁶¹

In der rumänischen Presse werden weitere Argumente dafür angeführt, daß die NATO-Integration kostengünstiger sei als die Nichtaufnahme Rumäniens in die NATO. Ein Aufsatz in der Wochenzeitung der Streitkräfte verweist sowohl auf – nicht quantifizierbare – Werte wie Sicherheit, demokratische Stabilität, Erleichterung des Zugangs zur EU als auch auf die tatsächlichen Kosten, die von Rumänien im Falle des Fehlens kollektiver Sicherheitsgarantien für seine nationale Verteidigung aufgebracht werden müßten.⁶²

⁶⁰ Evenimentul Zilei, 27.2.1997.

⁶¹ So wurden der neuen rumänischen Regierung im Januar 1997 seitens des US-Außenministeriums Finanzierungshilfen in Höhe von 6,5 Millionen Dollar für den Ankauf von Ausrüstungen bereitgestellt. Siehe hierzu Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 30.1.1997.

⁶² Vasile Popa, Diversiunea "costuri" (Die Diversion der "Kosten"), in: Observatorul Militar 12, 26.3.-1.4.1997.

5.4 Interoperabilität mit NATO-Kräften

Die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit den Strukturen der NATO im Rahmen von Peacekeeping-, Such- und Rettungsaktionen sowie bei humanitären Einsätzen sind durch den Ausbau der Streitkräfte mit Blick auf die Zusammenarbeit mit NATO-Staaten und über eine transparente Gestaltung des Rüstungshaushalts gegeben.

- 1995 nahm Rumänien an 49 NATO-PfP Aktionen teil, 16 davon waren Übungen mit NATO- oder Nachbarstaaten. 1996 zählte man 60 NATO/PfP Aktivitäten, davon 25 Übungen. Auf dem Boden Rumäniens fanden drei große Übungen in den Bereichen Boden, Wasser und Luft im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden statt: COOPERATIVE DETERMINATION '95 im September 1995, COOPERATIVE PARTNER '96 und COOPERATIVE KEY '96 im September bzw. Oktober 1996. Bemerkenswert ist dabei, daß seit 1968 keine ausländischen Truppen – konkret: Warschauer-Pakt-Truppen – rumänischen Boden im Rahmen von Militärmanövern betreten hatten. Um diese PfP-Übungen zu ermöglichen, war die einschlägige Verfassungsgesetzgebung geändert worden. Für den Fall einer Integration in die NATO hat sich Rumänien ausdrücklich zu weiterem Souveränitätsverzicht bereit erklärt.⁶³
- Im Juni 1995 unterzeichneten der amerikanische Verteidigungsminister William Perry und sein rumänischer Amtskollege Gheorghe Tinca ein Regierungsabkommen über den Schutz des militärischen Staatsgeheimnisses.⁶⁴
- Seit 1991, als sie im Golfkrieg mit einem Feldlazarett teilnahmen, nehmen rumänische Soldaten weltweit an Peacekeeping-Einsätzen teil: als militärische Beobachter an der UNIKOM-Mission im Irak und in Kuwait, mit einem Feldlazarett an der UNOSIM II-Mission in Somalia, mit einem Infanteriebataillon und einem Feldlazarett an der UNASVEN III-Mission in Angola, mit einem Logistikbataillon an der IFOR-Mission in Bosnien sowie im Rahmen des jüngsten OSZE-Einsatzes in Albanien.⁶⁵ General George A. Joulwan äußerte sich anerkennend über den Einsatz der rumänischen Streitkräfte im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden: "Romania was willing to be challenged by a tough Individual Partnership Program, and has agreed, significantly, to make available considerable forces and facilities from all services such as training and firing ranges, military and civilian airports, harbor facilities, air traffic control, search and rescue services and medical assistance as part of its cooperative effort within PfP."⁶⁶

⁶³ Siehe hierzu detailliert Gavril Ghitas, Working in Harmony. Interoperability - a Priority Area, in: NATO's Sixteen Nations, Special Issue 1996, November 1996.

⁶⁴ Monitorul Oficial al Romaniei, Teil I, Nr. 298/1995.

⁶⁵ Constantin Degeratu, Romania and the Partnership for Peace, The Romanian Armed Forces - A Partner for Peace, Constantin Teodorescu, The Romanian Engineer Battalion and IFOR ; Petre Botezatu, One Year in Angola, in: NATO's Sixteen Nations, Special Issue 1996, November 1996.

⁶⁶ George A. Joulwan, Commitment to Cooperation, The Romanian Military's Contribution to Stability and Security Within a New Europe, in: Central European Issues, Nr. 2, 1995/1996.

- Ein Jahr nach Unterzeichnung des PfP-Abkommens schloß sich Rumänien 1995 dem PARP-Prozeß (PfP Planning and Review Process) an. Das Ziel dieser Initiative ist es, Interoperabilität zwischen allen Streitkräften herzustellen, die an der Zusammenarbeit im Rahmen von PfP teilnehmen. Rumänien nimmt an 19 Interoperativitätszielen teil. Die Ziele liegen vorwiegend in den Bereichen militärische Kommunikation, Fremdsprachentraining, konventionelle Zeichen und Signale.⁶⁷ Für den Zeitraum 1997-1999 sind weitere 45 Ziele geplant. Dabei soll die Interoperabilität zwischen der rumänischen Armee und den NATO-Strukturen in den drei Teilstreitkräften sowie in den Bereichen Logistik und Sanitätswesen hergestellt werden.⁶⁸

6. Die Beitrittsstrategie der neuen Führung

Interne Reformen sowie die Integration in EU und NATO waren die Hauptpunkte der Wahlprogramme aller an der jetzigen Regierungskoalition beteiligten Parteien. Die Wähler, so die Argumentation, hätten für diese Politik gestimmt und damit die hohe Quote der Akzeptanz herbeigeführt, die in Rumänien sowohl das Ziel der NATO- und EU-Integration als auch die Fortführung der Reformen genießt. Wählerauftrag und hohe Akzeptanz bilden die Legitimationsgrundlage für die Entschlossenheit der neuen Führung, die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Integration Rumäniens in die europäischen und euroatlantischen Strukturen gleichzeitig und mit gleichem Nachdruck zu verfolgen.

Die Integrationsstrategie der neuen Führung ist gekennzeichnet durch eine klare Zielvorgabe, eine effiziente Strategie ihrer praktischen Umsetzung und eine ausgefeilte Argumentation, die sich an dem aktuellen Stand der NATO-internen Debatte zur Fortentwicklung und Erweiterung der transatlantischen Strukturen orientiert. Der politische Diskurs der neuen Führung ist professioneller, sachlicher, ihre Argumentationsweise flexibler als die ihrer Vorgänger. Ein neuer Pragmatismus tritt an die Stelle der früher gelegentlich emotional gefärbten, von historischen Mythen und Stereotypen geprägten Sichtweise. Während der ehemalige Verteidigungsminister Tinca in den Chor jener Politiker aus Polen oder aus den baltischen Ländern eingestimmt hatte, die vor einem neuen "Jalta" im Zuge der NATO-Osterweiterung warnten,⁶⁹ sagte der neue rumänische Präsident Emil Constantinescu vor amerikanischen Reportern, man habe keine Zeit für Romantik, Poesie oder Geschichte. Wenn man in die NATO

⁶⁷ Siehe hierzu detailliert Gavril Ghitas, a.a.O. (Anm. 63), Romanian Military Newsletter, 16.1.1997, und Romanian Ministry of Defence, the Military Information and Public Relations Department (Hrsg.), Romanian Armed Forces. In the Service of Peace, Bukarest 1997.

⁶⁸ Romanian Military Newsletter, 12.3.1997.

⁶⁹ Mihai Diac, 'Extinderea NATO nu înseamnă decât îndreptarea greşelii de la Ialta' ('Die Ausweitung der NATO bedeutet bloß die Berichtigung des Fehlers von Jalta'), in: Azi, 19.9.1996.

aufgenommen werde, dann nicht, weil man Sicherheit brauche, sondern weil man dem Bündnis Sicherheit anbiete.⁷⁰

Im sogenannten "Grundprogramm für die Makro-Stabilisierung und Entwicklung Rumäniens bis zum Jahre 2000" hat die Regierung von Premierminister Victor Ciorbea die grundlegenden außen- und innenpolitischen Optionen des Landes festgeschrieben. NATO-Integration und der Eintritt in die Europäische Union gründen auf der Zugehörigkeit Rumäniens zum europäischen Kultur- und Zivilisationskreis und zu der Wertegemeinschaft von Demokratie, Gesetzlichkeit, Menschenrechten und Marktwirtschaft. Die für die angestrebte europäische und euro-atlantische Integration notwendigen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Reformen sind der Gesellschaft nicht von außen vorgegeben, es handelt sich vielmehr um selbst gestellte interne Reformziele, die unabhängig von der außenpolitischen Zielsetzung verfolgt werden.

Der Beitritt zu NATO und EU wird daher nicht als Voraussetzung, sondern als Vorbild, nicht als Folge, sondern als Absicherung der Reformpolitik im Innern gesehen. Außenminister Adrian Severin spricht in diesem Zusammenhang von einem "strategischen Sicherheitsanker für die Transformation gemäß dem bewährten europäischen Modell".⁷¹

Der Beitritt zu den euro-atlantischen Strukturen, so der rumänische Staatspräsident in seiner Rede vor dem NATO-Rat in Brüssel, stelle die unerschütterliche Option des rumänischen Volkes dar.⁷² Zur Zeit gibt die Regierung dem Ziel der NATO-Integration Vorrang vor der Eingliederung in die EU. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen rechnet man in der rumänischen Regierung nicht damit, daß es nach der ersten bald eine zweite Aufnahmerunde in die NATO geben wird und setzt, so der Minister für europäische Integration, Alexandru Ioan Herlea, "alles auf eine Karte".⁷³ Zum zweiten stellt die Entscheidung über den NATO-Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten primär eine politische Entscheidung dar, bei der das Handicap Rumäniens - die zur Zeit schwierige Wirtschaftslage - nicht so schwer ins Gewicht fällt wie im Falle des EU-Beitritts. Und drittens ist die militärische Vorbereitung Rumäniens auf den Beitritt im Vergleich zu den anderen Beitrittsstaaten weit fortgeschritten; die Chancen sind also größer als bezüglich der EU. Das schließt nicht aus, daß Rumänien sich gleichzeitig mit den Anstrengungen für den NATO-Beitritt auch intensiv auf den Beitritt zur Europäischen Union vorbereitet.

⁷⁰ "In 1997, we no longer have time for poetry or romanticism, nor even for history. No one will hear us lamenting about the historic betrayal of Yalta. No one cares about this. They did not care then and they do not care now. We will be accepted only if we are seen as offering security, not because we are in need of it", zitiert nach Neil King Jr., Nicholas Bray, Romania's President Plays for High Stakes at Davos, in: Wall Street Journal Europe, 3.2.1997.

⁷¹ Text der Rede von Außenminister Adrian Severin vor dem Königlichen Institut für Internationale Beziehungen in Brüssel, 24.3.1997.

⁷² White Book on Romania and NATO, Bukarest 1997, S. 52-55.

⁷³ Georg Paul Hefty, Mit der ersten Welle in die NATO? Rumänien gibt der militärischen Integration Vorrang vor der wirtschaftlichen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.4.1997.

Gemäß dem Regierungsprogramm soll der Beitritt zur NATO allen Staaten offenstehen, die derselben strategischen Zone angehören und den Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, der NATO anzugehören.⁷⁴

Mit Blick auf den klaren Wählerauftrag und die breite Unterstützung für die Integrationspolitik stellt die Nominierung unter den Beitrittskandidaten der ersten Erweiterungsrunde nicht nur die oberste Priorität dar, sondern ist auch die einzige Option der neuen rumänischen Außenpolitik. Anders als zur Zeit der vorherigen Regierung, als Verteidigungsminister oder Generalstabschef auch darüber spekuliert hatten, welche Konsequenzen die Zurückweisung Rumäniens durch die NATO in Madrid für die Struktur der rumänischen Streitkräfte oder für die regionale militärische Zusammenarbeit haben könnte⁷⁵, verzichtet die neue Regierung bewußt darauf, Rückfallpositionen aufzubauen oder Alternativen zu benennen. Für den Fall, daß Rumänien in Madrid nicht in den Kreis der Beitrittsländer aufgenommen wird, hat man in Bukarest keine Alternativen, sondern "Varianten" vorbereitet, die, so Außenminister Severin, ausnahmslos die Fortführung der Bemühungen Rumäniens um Aufnahme in die NATO zum Inhalt haben.⁷⁶

Für den Fall eines Scheiterns der Bemühungen um den NATO-Beitritt in der ersten Tranche rechnet man in Kreisen der rumänischen Regierung zwar mit Verärgerung, aber nicht mit einer aggressiven Reaktion. Gelegentlich wird die Befürchtung geäußert, extremistische Kräfte auf Seiten der Bevölkerungsmehrheit ebenso wie auf Seiten der Minderheiten könnten dadurch Auftrieb erhalten. Schließlich sieht man in der Öffentlichkeit die Gefahr, daß der eben erst anwachsende Zustrom ausländischer Investitionen zurückgehen könnte, weil Rumänien in den Augen potentieller Investoren seinen nach den Wahlen erzielten Stabilitätsbonus wieder verlieren könnte. Äußerungen, die für die Zeit nach dem Gipfeltreffen von Madrid eventuelle internationale Konflikte oder aggressive Reaktionen der Bevölkerung vorhersehen wollten, wurden vom Außenminister als "Erpressungsversuche" abqualifiziert.⁷⁷

7. Diplomatische Offensive für den NATO-Beitritt

Um dieser als absolut gesetzten politischen Priorität Rechnung zu tragen, hat die neue rumänische Führung ihrerseits eine außenpolitische *tour de force* im "Kampf für die NATO" ge-

⁷⁴ Im Falle der EU plädierte Außenminister Severin für einen gleichzeitigen Beginn der eigentlichen Beitrittsverhandlungen, Geschwindigkeit und Ausmaß der Verhandlungen mit den einzelnen Ländern sollten von Fall zu Fall gemäß ihren objektiven Leistungen erfolgen. Text der Rede von Außenminister Adrian Severin vor dem Königlichen Institut für Internationale Beziehungen in Brüssel, 24.3.1997.

⁷⁵ Rompres, Ministrul Tinca face un apel disperat către NATO (Minister Tinca sendet einen verzweifelten Appell an die NATO), in: Adevărul, 15.6.1996.

⁷⁶ Mediafax, 11.2.1997.

⁷⁷ Matthias Rüb, Neue Prioritäten in Bukarest. Strategische Partnerschaft mit Polen und Ungarn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.1.1997.

startet.⁷⁸ Um das angestrebte Ziel in der kurzen noch verbleibenden Zeit bis zum NATO-Gipfel in Madrid zu erreichen, hat die neue Führung eine aktive diplomatische Offensive mit drei großen Stoßrichtungen eingeleitet.⁷⁹ Sie zielen auf die westlichen Mitgliedstaaten und die multilateralen Organisationen der Allianz, die anderen Beitrittskandidaten in der Region und auf die östlichen Nachbarn Rumäniens, insbesondere die Ukraine. Rumänien tritt prinzipiell dafür ein, daß alle Staaten ein und derselben strategischen Region, die ihren Wunsch nach einer vollen Mitgliedschaft zum Ausdruck gebracht haben, in die NATO aufgenommen werden sollten.

Das Ziel und die Strategie der Außenpolitik der neuen Führung sind eindeutig. Die neuen Männer scheuen Halbheiten, auch wenn dies kurzfristig zu Problemen führt. Dies ist der Grund für die unmittelbar nach den Wahlen erfolgte Abberufung der rumänischen Botschafter aus so wichtigen europäischen Hauptstädten wie Bonn, Paris, London, Brüssel, Wien und Bern. Da sich die Neubesetzung dieser Spitzenpositionen wegen prinzipieller Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Außenministerium und dem Präsidialamt verzögerte, appellierte die neue Regierung an prominente Rumänen aus der Diaspora, sich in den Ländern, in denen sie leben, dafür einzusetzen, daß Rumänien beim Madrider Gipfel in die NATO aufgenommen wird. Die Kommission für Außenpolitik der Abgeordnetenversammlung des rumänischen Parlaments richtete einen Appell an alle im Ausland lebenden Rumänen, in ihrem neuen Umfeld das Verständnis dafür zu wecken, "wie wichtig dieser Integrationsprozeß für unser Land ist und wie wichtig Rumänien für die NATO ist".⁸⁰

Der prominenteste Rumäne, der diesem Aufruf folgte, war der ehemalige König Michael, dessen 1947 erfolgte Aberkennung der Staatsbürgerschaft von der neuen Führung aufgehoben wurde. Er agiert inzwischen eindrucksvoll im Ausland, wie sein Vortrag am Royal United Services Institute in London vom 26. März 1997 beweist.⁸¹ Einen Erfolg im Zuge der Mobilisierung der rumänischen Diaspora stellen auch die großangelegten Unterschriftenkampagnen dar, die in den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Staaten im Gange sind.

⁷⁸ Gabriela Adameşteanu, Bătălia pentru NATO, in: 22, 4.-10.2.1997; Roxana Iordache, Ofensiva României, in: România Liberă, 8.2.1997; Rodica Palade, Ofensiva diplomatică a presedintelui Emil Constantinescu, in: 22, 11.-17.2.1997.

⁷⁹ Der Staatspräsident führte Gespräche am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos, hielt Ansprachen vor dem Europaparlament und am Sitz des NATO-Rats in Brüssel und konferierte mit dem französischen Präsidenten in Paris. Der neue Verteidigungsminister Victor Babiuc hielt sich zu Gesprächen mit hochrangigen NATO-Funktionären in Brüssel auf, Senatspräsident Petre Roman warb in Spanien um Unterstützung für einen frühen NATO-Beitritt Rumäniens. Während der ersten Monate des Jahres 1997 statteten zahlreiche Politiker, allen voran der französische Staatspräsident Jacques Chirac, Rumänien einen Besuch ab. Es folgten Staatsbesuche des rumänischen Präsidenten in Warschau und Prag, ihre ersten Auslandsbesuche führten Premierminister Victor Ciorbea und Außenminister Adrian Severin nach Ungarn.

⁸⁰ Parlamentul României. Camera Deputaţilor. Comisia pentru Politică Externă, Scrisoare-Appel (Brief-Appell), 15.2.1997. In dem Appell kündigen die Parlamentarier die Bildung eines Unterkomitees für die Diaspora im Rahmen der Kommission für Außenpolitik an.

⁸¹ Ministry of Foreign Affairs (Hrsg.), White Book on Romania and NATO, Bukarest 1997, S.63 - 70.

Zugleich mußte die Regierung aber auch erkennen, daß sie im westlichen Ausland nicht wie andere Staaten Ostmitteleuropas auf eine etablierte Interessenlobby zurückgreifen konnte, deren Bildung in den Jahrzehnten zuvor sträflich vernachlässigt worden war. Um diesen Mangel zu kompensieren, sandte man rumänische Abgeordnete, Künstler und Wissenschaftler in die Mitgliedstaaten der NATO, um den Politikern und Multiplikatoren dieser Länder die auf einen raschen NATO-Beitritt gerichtete Bukarester Politik nahezubringen.

8. Rumäniens Sicherheitsangebot an die NATO

In ihrem Bestreben, die Beitrittswürdigkeit Rumäniens in die NATO zu fördern, betont die rumänische Diplomatie nicht die Sicherheitsbedürfnisse des Landes, sondern das rumänische Angebot an zusätzlicher Sicherheit für das Bündnis. Rumänien definiert sich selbst als "missing link" und stabilisierender Faktor im euro-atlantischen Sicherheitskonzept. Experten des Verteidigungs- und Außenministeriums verweisen dabei auf einen Katalog von Argumenten aus dem geostrategischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftspolitischen, gesellschaftlich-kulturellen Bereich.

8.1 Geostrategische Argumente

Von rumänischer Seite werden Argumente ins Feld geführt, die sowohl dem Bereich der Konstanten als auch den abhängigen Variablen zugerechnet werden. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Lage:

- Rumänien als mitteleuropäischer Staat in der Nachbarschaft des Balkans;
- keine gemeinsame Grenze mit einer Großmacht mit allen damit verbundenen Risiken und Beschränkungen;
- 1.000 km schiffbarer Lauf der Donau als Teil des transeuropäischen Wasserweges zwischen Nordsee und Schwarzem Meer;
- nationale Kontrolle über den gesamten Flußlauf durch den Donau-Schwarzmeer-Kanal;
- 250 km Küste am Schwarzen Meer;
- zweitgrößtes Land des Assoziierungsgebiets nach Fläche, Einwohnerzahl (23 Millionen), wirtschaftlichem und militärischem Potential;
- größtes Land nahe der Südflanke von NATO und WEU.

Hinsichtlich der Bewertung der geostrategischen Lage Rumäniens gehen die Meinungen im Westen offenbar auseinander. Im vergangenen Jahr schien man in den USA ebenso wie in Frankreich wegen der als strategisch bedeutsam eingeschätzten Lage des Landes an einer frühen NATO-Assoziierung Rumäniens interessiert zu sein. In Paris ebenso wie in Washington, so ein Kommentar, sehe man in der Aufnahme Rumäniens eine Stärkung der südeuropäischen

Flanke des Bündnisses, doch aus unterschiedlichen Gründen. Frankreich verbinde damit das Ziel einer Ausweitung des eigenen Einflusses im Bündnis, die USA hätten aufgrund der vorgeschobenen Lage Rumäniens am Schwarzen Meer geostrategische Überlegungen im Auge. Hierzu gehörten die Entlastung der türkischen sowie der griechischen Position, Kontrolle der russischen Gegenküsten sowie ein Stabilitätstransfer in Richtung Ukraine und Moldova.⁸² Der Verfasser zeigte sich überzeugt, daß sich die Allianz bei ihrer Festlegung auf die künftigen Bündniskandidaten letztlich von solchen "geopolitischen Grundgedanken" und einer "strategischen Interessenbestimmung" leiten lassen würde.

Eine andere Denkschule, die u.a. in Großbritannien vertreten wird, argumentiert mit dem Einwand, das Territorium Rumäniens sei wegen der Entfernung vom Kerngebiet der NATO schwer zu verteidigen. Dem setzen rumänische Militärexperten folgende Argumente entgegen:

- Der Karpatenbogen erfüllt im Angriffsfall die Funktion eines subregionalen Verteidigungswalls.
- Die von Nord nach Süd (im Osten und Süden Rumäniens) sowie von Nordwest- nach Westen (in Siebenbürgen) gerichteten Flußläufe stellen schwer zu überwindende Hindernisse dar.

Wirtschaftspotential:

Aus offizieller rumänischer Sicht bietet das wirtschaftliche Potential Rumäniens die folgenden Vorteile:

- Reiche Bodenschätze: Erdöl und Erdgas (insbesondere auf dem Festlandsockel des Schwarzen Meeres), Nichteisenmetalle, Salz, Holz;
- Nähe zu den westlichen Märkten;
- Handelskorridor zwischen West-, Ost- und Südosteuropa, dessen Bedeutung im Zuge des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien eher gewachsen ist;
- Möglichkeiten, den Handel mit den Staaten der Schwarzmeer-Region auszubauen;
- größter Seehafen östlich von Marseille;
- mögliche Einbindung Rumäniens in Erdöl- und Erdgas-Transportsysteme (Leitung Iran – Mitteleuropa und Schiffsverbindung Kaukasus – Europa über das Schwarze Meer und die Donau);
- Freihandelsabkommen mit den Staaten aus EU, EFTA und CEFTA;
- zweitgrößter potentieller Käufermarkt nach Polen im Assoziierungsbereich (23 Millionen Einwohner);

⁸² Lothar Rühl, NATO nach Osten, in: Die Welt, 25.9.1996.

- gut ausgebildete, vergleichsweise billige Arbeitskräfte, verbreitete westliche Sprachkenntnisse.

Sicherheitspolitische Kontinuität:

- Kontinuität der bereits zur Zeit des Kalten Krieges praktizierten pro-westlichen Ausrichtung der rumänischen Außen- und Sicherheitspolitik;
- Sonderstatus Rumäniens innerhalb des Warschauer Pakts und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vor 1989;
- Verlässlichkeit dieser politischen Option trotz hoher Kosten im Krieg gegen den Iran und im Verlauf des Embargos gegen das ehemalige Jugoslawien;
- nationale, rein defensive Verteidigungsdoktrin ohne westliches Feindbild;
- unabhängige Rüstungsindustrie (80 Prozent) vor 1989;
- keine Abhängigkeit von sowjetischer Rüstungsindustrie, dafür:
- Tradition der Kooperation mit westlichen Rüstungsfirmen;
- militärische Führungskräfte zwischen 1962 und 1989 nicht außerhalb des Landes ausgebildet;
- Rumänien verfügt über ein volles Programm in allen Waffengattungen, die – entsprechend der bereits zu Zeiten des Kalten Krieges geltenden rumänischen Doktrin der Rundumverteidigung – in allen Landesteilen stationiert waren;
- Verfassung und Sicherheitskonzeption des Landes erlauben die Teilnahme rumänischer Streitkräfte an friedenserhaltenden Maßnahmen im Ausland sowie die Präsenz ausländischer Streitkräfte auf dem Boden Rumäniens. Das rumänische Parlament hat entsprechende Verträge über den Status von Streitkräften aus NATO-Staaten und rumänischer Streitkräfte auf dem Territorium von NATO-Staaten unterzeichnet und ratifiziert.

Rumänien als regionaler Stabilitätsfaktor:

An die Stelle von Gefährdungen und Risiken der Vergangenheit treten in der Sicht Rumäniens neue Risiken der Zukunft: Islamischer Fundamentalismus, Konflikte im Zusammenhang mit der Kurdenfrage, Konflikte im Raum des ehemaligen Jugoslawien, Gefährdungen der europäischen Sicherheit aus dem Krisenbogen vom Kaukasus über Zentralasien, den Mittleren Osten, die Golfregion bis nach Nordafrika. Das rumänische Stabilitätsangebot an die NATO umfaßt folgende Punkte:

- Gemeinsam mit Polen würde Rumänien im Zuge der NATO-Erweiterung eine Nord-Süd-Achse bilden - mit Stabilisierungseffekt in Richtung auf eine unabhängige Ukraine.

- Gemeinsam mit Ungarn und Slowenien würde die Südflanke der NATO verstärkt – mit Stabilisierungseffekt für den Balkan.
- Rumänien vervollständigt die Verbindungs- und Kommunikationslinien mit den beiden NATO-Mitgliedern der Südflanke.
- Stabilisierender Faktor mit Blick auf türkisch-griechische Spannungen dank guter Beziehungen zu beiden NATO-Staaten.
- Stabilisierender Faktor mit Blick auf die Kaukasusregion dank Lage am Schwarzen Meer und guten Beziehungen zu Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

8.2 Gesellschaftliche Argumente: Identität und Konsens

Kulturelle Identität

Der Themenkomplex der geschichtlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten Rumäniens mit dem Westen Europas wird von der neuen Regierungsmannschaft als das angesehen, was er eigentlich ist – eine Selbstverständlichkeit. Während die Führung unter Ion Iliescu noch Mühe hatte, die – geopolitisch gerechtfertigte und vor dem Zweiten Weltkrieg übliche – Definition Rumäniens als ein "mitteleuropäisches Land am Rande des Balkans" international wieder zu etablieren⁸³, kann der neue rumänische Außenminister Adrian Severin mit seiner Feststellung, die euro-atlantische Integration des Landes stelle "eine natürliche und gleichzeitig legitime Option"⁸⁴ dar, auch im Ausland auf Zustimmung rechnen. Thesen, denen zufolge die Rumänen das einzige Volk im ehemals sowjetisch besetzten Teil Europas sind, das einem westeuropäischen Kultur- und Sprachraum – nämlich dem lateinischen – angehört, werden inzwischen weitgehend als selbstverständlich angesehen. Dafür verweist man nun eher auf die Tatsache, daß alle anderen lateinischen Staaten Europas – Frankreich, Italien, Spanien und Portugal – der NATO bereits angehören. Auch betont man die Bedeutung des Fortdauerns gemeinsamer europäischer Werte auch zur Zeit der kommunistischen Herrschaft, als sie der in die Defensive gedrängten Zivilgesellschaft als politisches Gegenkonzept zur offiziellen kommunistischen Ideologie dienten. Die "lateinische Orthodoxie" der Rumänen, so wird gesagt, baue eine Brücke zwischen West-Christentum (Katholizismus, Protestantismus) und Ost-Christentum (slawische Orthodoxie).

Gesellschaftliche Akzeptanz

Bei den von der Europäischen Kommission durchgeführten Umfragen steht Rumänien mit 95 Prozent Ja-Stimmen und 5 Prozent Nein-Stimmen hinsichtlich der Akzeptanz des NATO-

⁸³ Teodor Meleşcanu, Security in Central Europe, A Positive Sum Game, in: NATO Review, October 1993. Zur Frage der politischen Konnotationen der Abgrenzungsproblematik in Mitteleuropa siehe die Analyse von Elena Zamfirescu, Mapping Central Europe, Clingendal Paper, May 1996.

⁸⁴ Text der Rede von Außenminister Adrian Severin vor dem Königlichen Institut für Internationale Beziehungen in Brüssel, 24.3.1997.

Beitritts an der Spitze der ostmitteleuropäischen Staaten.⁸⁵ Die Tendenz ist seit den ersten Befragungen zu diesem Thema Anfang der neunziger Jahre steigend. "Es gibt nichts", so der Leitartikler der Tageszeitung *Adevărul*, "was in Rumänien heute einen solchen nationalen Konsens schafft wie der Beitritt zur NATO. Die Bevölkerung ist dafür. Die Parteien sind dafür. Die Armee ist dafür. Die Presse ist dafür."⁸⁶ Bei einer im Februar 1997 ausschließlich in der Hauptstadt Bukarest durchgeführten Umfrage antworteten auf die Frage, welche Folgen es haben würde, wenn Rumänien bei der NATO-Erweiterung in der ersten Runde nicht berücksichtigt würde: 19 Prozent - Isolierung Rumäniens, 18 Prozent - Instabilität und Unsicherheit, 17 Prozent - wachsender Einfluß Rußlands, 15 Prozent - sinkende westliche Investitionen, 11 Prozent - kein Einfluß, 8 Prozent - Probleme mit den Nachbarstaaten.

Die Zustimmung der Gesamtbevölkerung zur NATO-Integration deckt sich mit deren Akzeptanz durch die rumänischen Streitkräfte. Gemäß einer Umfrage, die von einer Abteilung für Soziale Studien der Armee durchgeführt wurde, sprachen sich 94,75 Prozent der befragten Offiziere in den Stäben für eine Integration Rumäniens in die NATO aus, 92,03 Prozent glaubten überdies, daß durch die Integration die nationale Sicherheit Rumäniens gewährleistet werde. Befragt nach ihrer Haltung zur Teilnahme rumänischer Soldaten an Missionen im Ausland äußerten sich 89,96 Prozent zustimmend. Davon bejahten 77,17 Prozent den Einsatz bei Peacekeeping-Missionen, 96,65 Prozent den Einsatz bei humanitären oder Rettungsaktionen.⁸⁷

Die positive Haltung der Bevölkerung zum NATO-Beitritt geht einher mit der erklärten Bereitschaft der Menschen die Kosten der NATO-Integration zu tragen. Auf die Frage, die im Rahmen einer Meinungsumfrage in Bukarest gestellt wurde, ob die Befragten bereit seien, die Kosten für die Modernisierung der Streitkräfte im Zuge der NATO-Erweiterung in Höhe von 3 bis 4 Milliarden Dollar zu tragen, antworteten 70 Prozent - ja, 16 Prozent - nein, 14 Prozent - das kann ich nicht abschätzen.⁸⁸ Das Vertrauen der Bevölkerung in die Amtsführung Präsident Constantinescus ist laut Meinungsumfragen trotz der seit November 1996 registrierten Preiserhöhungen in diesem Zeitraum nicht gesunken, sondern sogar von 55 auf 72 Prozent angestiegen.⁸⁹

Politischer Konsens

Die Zielstrebigkeit, mit der die neu gewählte rumänische Führung ihre Bemühungen um eine rasche Einbindung Rumäniens in die euro-atlantischen Strukturen vorantreibt, beruht zu einem nicht unerheblichen Teil auf dem Bewußtsein, daß diese Politik von allen politischen

⁸⁵ Zum Vergleich: Polen - 92 Prozent Ja, 8 Prozent Nein; Slowenien - 71 Prozent Ja, 29 Prozent Nein; Tschechische Republik und Ungarn - 59 Prozent Ja, 41 Prozent Nein; Bulgarien - 52 Prozent Ja, 48 Prozent Nein. Siehe Central and Eastern Eurobarometer, European Commission, Nr. 6, März 1996.

⁸⁶ Bogdan Chirieac, NATO - la timpul prezent (NATO - in der Gegenwart), in: *Adevărul*, 8.8.1996.

⁸⁷ *Curierul Național*, 12.3.1997.

⁸⁸ *Adevărul*, 12.2.1997. Die Umfrage wurde vom Zentrum für urbane und regionale Soziologie im Auftrag der Manfred-Wörner-Gesellschaft in Bukarest durchgeführt.

⁸⁹ Stéphane Kovacs, L'élargissement de l'OTAN sans Bucarest n'a aucun sens, in: *Le Figaro*, 20.2.1997.

Kräften des Landes getragen wird. Zur Vorbereitung auf den angestrebten NATO-Beitritt wurde 1994 ein *Nationaler Konsultativrat für die Europäische und Atlantische Integration* ins Leben gerufen, dem Vertreter aller im Parlament vertretenen politischen Parteien sowie mehrerer Nichtregierungsorganisationen angehören. Im Juni 1996 und im April 1997 richtete das rumänische Parlament einen einstimmigen Appell an die Parlamente aller NATO-Staaten, worin der allgemeine Konsens für diese außenpolitische Option der Regierung hervorhoben und um Unterstützung für den Beitritt Rumäniens zur NATO geworben wurde.

Während eines Auftritts vor dem Europäischen Parlament wurde Präsident Emil Constantinescu gefragt, ob er nicht befürchten müsse, daß die "Ehemaligen" versuchen würden, die Unzufriedenheit der Bevölkerung angesichts der Härten des Reformkurses zu nutzen und die Reformen zu stoppen. Er antwortete: "Ich habe nacheinander mit Vertretern aller Parteien gesprochen. Sogar die – sagen wir – radikalen Populisten haben ihre Unterstützung für die Integration in NATO und EU zugesagt."⁹⁰

9. Westliche Positionen zur NATO-Aufnahme Rumäniens

Die Mitgliedstaaten der NATO nutzen die – mit der Frage der Reformierung des Bündnisses eng verzahnte – Erweiterungsdiskussion dazu, eigene Interessen im Bereich der nationalen Sicherheit und der regionalen oder globalen Einflußnahme zu verfolgen. Es ist anzunehmen, daß die im Juli 1997 in Madrid zu treffende Entscheidung über die NATO-Erweiterung wesentlich von der innenpolitischen Lage in den 16 NATO-Staaten und dem Ausgang des Interessenausgleichs zwischen den USA, Deutschland und Frankreich bestimmt wird.

9.1 USA

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird die Frage der Ausdehnung des Bündnisses nach Osten weithin unter Kostengesichtspunkten erörtert. Dementsprechend stehen ökonomische Kriterien bei der Auswahl der – aus Washingtoner Sicht möglichst wenigen – Beitrittskandidaten im Vordergrund. In einem vom US-Außenministerium und dem Pentagon gemeinsam erstellten Bericht an den Kongreß über die erwarteten Vorteile, Kosten und Konsequenzen der Erweiterung "um eine erste kleine Gruppe" ist von vier nicht genannten Ländern die Rede.⁹¹ Die inoffiziellen Präzisierungen hinsichtlich der Identität dieser vier Staaten waren jedoch nicht immer eindeutig. Im Januar 1994 erklärte Präsident Clinton, das Programm der "Partnerschaft für den Frieden" stelle "zumindest für Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei einen ersten Schritt zur Vollmitgliedschaft im Bündnis" dar.⁹² Seitdem wurde die Slowakei bei der Nennung der Favoriten immer seltener erwähnt.⁹³ Dafür

⁹⁰ Adevărul, 6.2.1997.

⁹¹ Klaus-Dieter Frankenberger, Am Gelde und an Sicherheitsgarantien werden sich die Geister scheiden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.3.1997.

⁹² Heiko Flottau, Ein Zeichen der Ermutigung. Balten und Polen erhoffen vom Besuch Bill Clintons Rücken- deckung gegen Moskau, in: Süddeutsche Zeitung, 7.7.1994.

⁹³ Süddeutsche Zeitung, 26.9.1996.

wurde inoffiziell immer öfter Slowenien ins Spiel gebracht.⁹⁴ So ist für William Roth, den Vorsitzenden des Nordatlantikrats, das Ziel der NATO-Erweiterung die Einbindung der "neuen Demokratien" Polen, Tschechische Republik, Ungarn und Slowenien.⁹⁵ Seit jedoch die Slowakei nicht mehr zu den Beitrittsfavoriten gezählt wurde und absehbar war, daß Österreich seinen neutralen Status in absehbarer Zeit nicht aufgeben würde, sollte die neu entstandene Sicherheitslücke zwischen Italien und Ungarn durch den Beitritt Sloweniens zur NATO geschlossen werden.

Im Zuge der Aufweichung der inoffiziellen Festlegung innerhalb der NATO auf die vier Viseegrad-Staaten und der gelegentlichen Ersetzung der Slowakei durch Slowenien wurde auch Rumänien anstelle Sloweniens als vierter oder neben Slowenien als möglicher fünfter Beitrittskandidat der ersten Runde ins Spiel gebracht. Im Anschluß an die erfolgte Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrags zwischen Rumänien und Ungarn verstärkten sich die Anstrengungen einflußreicher Mitglieder in beiden Häusern der amerikanischen Legislative, Präsident Clinton dazu zu bewegen, Rumänien als viertes Land auf die Empfängerliste der amerikanischen Integrationshilfe zu setzen und damit indirekt als Beitrittskandidaten zu qualifizieren.⁹⁶ Bei ihren Besuchen in Washington versuchten Außenminister Adrian Severin und Verteidigungsminister Victor Babiuc, die Unterstützung der USA für einen NATO-Beitritt Rumäniens in der ersten Runde zu gewinnen.⁹⁷ Die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright betonte nach dem Treffen mit ihrem rumänischen Amtskollegen, die NATO bleibe für alle europäischen Demokratien offen, die fähig seien, zur Verwirklichung der Zielsetzungen des Bündnisses beizutragen. Die Erweiterung der NATO werde in Madrid beginnen, aber nicht dort enden. "Die Ersten", so Albright, "werden nicht die Letzten sein."⁹⁸

9.2 Großbritannien

Der ehemalige britische Verteidigungsminister Malcolm Rifkind äußerte sich zwar anerkennend zu den rumänischen Bemühungen auf militärischem Gebiet und begrüßte die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie im Innern, die Verpflichtung auf die Verwirklichung der Wirtschaftsreform sowie die Verbesserung der ungarisch-rumänischen Beziehungen. Er erblickte darin ganz generell günstige Voraussetzungen für eine NATO-Anwartschaft Rumäniens, ließ jedoch öffentlich keine

⁹⁴ Der neue Chef des Pentagon in Bonn, in: Neue Zürcher Zeitung, 5.3.1997.

⁹⁵ Jurnalul Național, 27.3.1997.

⁹⁶ Bogdan Chirieac, Congresmeni și senatori americani cer președintelui Clinton să sprijine intrarea României în NATO (Amerikanische Kongreßabgeordnete und Senatoren fordern Präsident Clinton auf, die Eingliederung Rumäniens in die NATO zu unterstützen), in: Adevărul, 11.12.1996.

⁹⁷ Mediafax, 26.2.1997.

⁹⁸ Mediafax, 22.4.1997.

Unterstützung für Rumänien erkennen.⁹⁹ Die meisten der an der Nordflanke angesiedelten NATO-Staaten hielten sich in der Frage bedeckt oder sprachen sich dagegen aus.

9.3 Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland gilt in Rumänien nach wie vor als der "wichtigste Motor der Osterweiterung der NATO", wie ein Kommentator der Tageszeitung *Adevărul* vor einigen Monaten betonte. Von der damals geäußerten Einschätzung, daß "Deutschland sich konsequent für die Aufnahme Tschechiens, Polens und Ungarns eingesetzt habe", ist man in der Öffentlichkeit auch nach den Regierungswechsel noch überzeugt. "In Rumänien selber", so der Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung*, "besteht die Überzeugung, daß innerhalb der NATO Deutschland und einige nordeuropäische Länder die Gegner sind, die Bukarests Beitrittswunsch zumindest zu diesem Zeitpunkt skeptisch beurteilen."¹⁰⁰

Im Anschluß an den Besuch des früheren Präsidenten Iliescu in Bonn wurde die Haltung der Bundesregierung gegenüber einer NATO-Aufnahme Rumäniens in einem Pressekommentar folgendermaßen eingeschätzt: "Deutschland widersetzt sich der euro-atlantischen Integration Rumäniens nicht, wird aber auch keinen Finger rühren, um sie zu unterstützen."¹⁰¹

9.4 Frankreich

Die rumänische Diplomatie hatte bereits vor den Wahlen voll auf Frankreich als den "wichtigsten Sponsor" Rumäniens hinsichtlich der Integration Rumäniens in EU und NATO gesetzt, wie der ehemalige rumänische Außenminister Teodor Meleşcanu im August letzten Jahres erklärte. Er hatte der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß es Frankreich gelingen werde, den deutschen Integrationsmotor über die "französisch-deutsche Achse" ebenfalls zur Unterstützung Rumäniens zu bewegen.¹⁰² Zugleich war man sich aber damals auch der Tatsache bewußt, daß die Einflußmöglichkeiten Frankreichs im Bündnis relativ begrenzt sind.¹⁰³

Mit dem im Dezember 1996 vollzogenen friedlichen Machtwechsel in Bukarest wuchs die Bereitschaft der konservativen französischen Regierung, Rumänien bei dem Erreichen seines obersten außenpolitischen Zieles – der Integration in die NATO in einer ersten Runde – beizustehen. Mit seinem Besuch in Bukarest Ende Februar 1997 präsentierte sich der französische Staatspräsident Jacques Chirac als Anwalt rumänischer Interessen in der NATO

⁹⁹ Mediafax, Günstiges Plädoyer für NATO-Beitritt Rumäniens, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 30.1.1997.

¹⁰⁰ Andreas Oplatka, Gute Worte Chiracs für Rumänien. Betonung des französischen Interesses an Südosteuropa, in: Neue Zürcher Zeitung, 24.2.1997. Siehe auch Berthold Kohler, Rumänien will verlorene Zeit aufholen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.4.1997.

¹⁰¹ Bogdan Chirieac, Intre Bucuresti și Washington nu e numai Atlanticul (Zwischen Bukarest und Washington liegt nicht nur der Atlantik), in: Adevărul, 3.8.1996.

¹⁰² Mugurel Rădulescu, Ministrul Meleşcanu a continuat ofensiva pentru integrarea României în NATO (Minister Meleşcanu setzte die Offensive für die NATO-Integration Rumäniens fort), in: Adevărul, 1.8.1996.

¹⁰³ Bogdan Chirieac, a.a.O. (Anm. 101).

und der EU und äußerte seine ausdrückliche Unterstützung für dieses rumänische Anliegen. Dabei hob er die Fähigkeit Rumäniens hervor, die Südostflanke der Allianz zu stärken.¹⁰⁴

Frankreichs eigene Interessen sind ebenfalls auf diese Region gerichtet. Seit der von Präsident Jacques Chirac im Dezember 1995 angekündigten Rückkehr Frankreichs in die multilateralen militärischen Strukturen der NATO sucht Paris seinen Einfluß in Südosteuropa mit Blick auf seine mit der Neugestaltung des Südkommandos der NATO verbundenen Forderungen zu verstärken.¹⁰⁵ Washington verhält sich ablehnend, was zu einer gewissen Belastung in den Beziehungen zwischen Frankreich und den USA führte. Nach anfänglicher deutscher Unterstützung für französische Initiativen dieser Art ging Bonn mit Rücksicht auf die USA auf Distanz zu Frankreich. Zugleich scheint sich ein Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen von einer "entente cordiale" zu einer "cordiale mésentente" abzuzeichnen.¹⁰⁶ Möglicherweise haben die seit einigen Monaten in den ostmitteleuropäischen Hauptstädten vorgetragenen französischen Unterstützungsangebote für den Eintritt Polens, Ungarns, Tschechiens und nicht zuletzt Rumäniens in die europäischen und euro-atlantischen Strukturen ein gewisses Konkurrenzdenken zwischen Paris und Bonn entstehen lassen.¹⁰⁷ Auf französischer Seite zweifelt man aber offenbar nicht daran, daß die Bundesrepublik einer frühen Aufnahme Rumäniens doch noch zustimmen könnte. Auf der Pressekonferenz, die der französische Staatspräsident anlässlich seines Besuchs in Bukarest abhielt, antwortete er auf eine entsprechende Frage: "Für die gemeinsamen französisch-rumänischen Anstrengungen, Rumänien schon früh den Weg in die NATO zu bahnen, bildeten die Vereinigten Staaten und nicht Deutschland das größte Hindernis."¹⁰⁸

In der rumänischen Presse wurden neben vielen zustimmenden Äußerungen indes auch Stimmen laut, die vor einer allzu starken Konzentration auf Frankreich zu Lasten der Beziehungen zu den anderen NATO-Staaten warnten.¹⁰⁹ Es gebe, so der in Köln lebende Journalist Emil Hurezeanu, nicht nur "die reale, willkommene Chance einer strategischen Allianz mit Frankreich, sondern auch das Risiko einer Beschränkung der Einflußmöglichkeiten Rumäniens in seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Deutschland".¹¹⁰

Ähnlich wie Frankreich signalisierten auch die anderen lateinischen NATO-Mitglieder sowie *Kanada* ihre Unterstützung für den Wunsch Rumäniens, in der ersten Runde der NATO-Erweiterung berücksichtigt zu werden. *Italien*, so Piero Fassino, Staatssekretär im italienischen

¹⁰⁴ Andreas Oplatka, Gute Worte Chiracs für Rumänien, a.a.O. (Anm. 100).

¹⁰⁵ Kopfzerbrechen in Paris über die NATO-Reform. Suche nach Kompromißformeln für das Süd-Kommando, in: Neue Zürcher Zeitung, 5.2.1997.

¹⁰⁶ Lothar Rühl, Frankreich und Deutschland. Von einer "entente cordiale" zu einer "cordiale mésentente", in: Neue Zürcher Zeitung, 30.11.1996.

¹⁰⁷ Emil Hurezeanu, Tapiseria văzută pe dos (Die Rückseite des Gewebes), in: 22, 4.-10.3.1997.

¹⁰⁸ Andreas Oplatka, Gute Worte Chiracs für Rumänien, a.a.O. (Anm. 100).

¹⁰⁹ Roxana Iordache, Bine ati venit, domnule Chirac! (Willkommen, Herr Chirac!), in: România Liberă, 22.2.1997.

¹¹⁰ Emil Hurezeanu, Tapiseria văzută pe dos, a.a.O. (Anm. 107).

Außenministerium während seines Besuchs in Bukarest Anfang März 1997, setzte sich für eine gleichzeitige Aufnahme Rumäniens und Sloweniens in der ersten Runde ein. Er will bei US-Außenministerin Albright dafür plädiert und mit dem russischen Außenminister Primakow darüber diskutiert haben.¹¹¹ Italien, so Verteidigungsminister Beniamino Andreatta, sei daran interessiert, die Balance innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses zwischen dem Zentrum und dem Süden zurechtzurücken.¹¹² Spaniens Premierminister José Maria Aznar sagte die Unterstützung seines Landes während eines Besuchs in Rumänien Ende März zu¹¹³, der Außenminister Portugals, Jaime Gama, äußerte sich gleichlautend anlässlich des Besuchs seines rumänischen Amtskollegen Adrian Severin.¹¹⁴

Die beiden südeuropäischen NATO-Mitglieder Griechenland und die Türkei, haben sich in jüngster Zeit ebenfalls für eine Aufnahme Rumäniens in das Bündnis ausgesprochen. Vertreter *Griechenlands* plädierten dezidiert für einen Beitritt Rumäniens in der ersten Gruppe der Beitrittskandidaten. Der griechische Verteidigungsminister unterzeichnete Ende März mit seinem rumänischen Amtskollegen zwei Abkommen über Zusammenarbeit im Rüstungsbereich sowie über den Austausch von Informationen über Fragen der Verteidigung sowie des Staats- und Berufsgeheimnisses.¹¹⁵ Nicht ganz so eindeutig ist die Position der *Türkei* einzuschätzen, die ihre Haltung in der Frage der Osterweiterung der NATO ganz allgemein von dem Verhalten der EU gegenüber der Türkei abhängig machen will. Bei seinem Besuch in Bukarest äußerte der stellvertretende türkische Generalstabschef Unterstützung für den NATO-Beitritt Rumäniens, ließ aber offen, ob damit der Beitritt in einer ersten Aufnahmerunde gemeint war.¹¹⁶

10. Rußland und der NATO-Beitritt Rumäniens

Die Haltung Rußlands in der Frage eines möglichen NATO-Beitritts Rumäniens ist auf eine eindeutige Weise zweideutig. Rumänien, so scheint es, liegt im Schnittpunkt der Glacis- und Grauzonen-Konstruktionen, mit deren Hilfe Moskau sein Territorium nach traditioneller Manier von dem nach Osten ausgreifenden westlichen Bündnis abschirmen will. Nach der Auflösung des Warschauer Pakts und dem Zerfall der Sowjetunion war die Politik Moskaus nicht nur auf die Wiedereingliederung des "nahen Auslands" gerichtet, sondern auch auf die Umsetzung einer neuen "Glacis-Konzeption für eine vorgelagerte Sicherheitslinie Königsberg - Preßburg - Belgrad - Sofia zur Markierung einer russischen Interessensphäre", die also Teile des ehemaligen Warschauer-Pakt-Gebiets sowie des ehemals nichtpaktgebundenen jugoslawischen Bundesstaates umfassen würde.¹¹⁷ In der Presse war auch von einer von

¹¹¹ Mediafax, 24.2.1997 und 4.3.1997.

¹¹² România Liberă, 28.2.1997.

¹¹³ Curierul Național, 25.3.1997.

¹¹⁴ Adevărul, 28.3.1997.

¹¹⁵ Evenimentul Zilei, 28.3.1997.

¹¹⁶ Adevărul, 19.3.1997.

¹¹⁷ Lothar Rühl, Partner Rußland, in: Die Welt, 12.4.1996.

Rußland angeblich angestrebten Grauzone die Rede. Zu dieser sollten neben ehemaligen Sowjetrepubliken auch Rumänien und Bulgarien gehören. Diese Vermutungen stützen sich auf eine Aussage des russischen Außenministers Primakow, daß Moskau sich nie mit der Aufnahme eines Staates in die NATO abfinden könne, der eine gemeinsame Grenze mit Rußland habe.¹¹⁸ Rumänien und Bulgarien, die beide eine gemeinsame Seegrenze mit Rußland am Schwarzen Meer besitzen, würden in eine solche Grauzone fallen. Für diese These spricht, daß Rußland seine Teilnahme an dem größten Seemanöver (Cooperative Partner 96), das im Juli 1996 im Rahmen der "Partnerschaft für den Frieden" in rumänischen Gewässern stattfand, verweigert hat. An der Übung nahmen neben Rumänien als Veranstalter acht NATO-Staaten sowie die Ukraine und Bulgarien teil.¹¹⁹

An der prinzipiell ablehnenden Haltung Moskaus gegen eine Ausweitung der NATO nach Osten hat sich nichts geändert, aber ebensowenig ist Rußland zur Zeit in der Lage, diesen Prozeß gänzlich aufzuhalten. In der rumänischen Presse wurden im Anschluß an die Berliner Tagung des NATO-Ministerrats vom Juni 1996 Berichte kolportiert, denen zufolge der russische Außenminister Primakow mit der NATO eine Abmachung getroffen habe, daß Moskau mit einer begrenzten Ausdehnung der NATO, die nur Polen, Tschechien und Ungarn einschließe, einverstanden sei. Im Gegenzug habe der Westen zugesagt, weder Truppen noch Kernwaffen auf dem Territorium der neuen Mitglieder zu stationieren.¹²⁰ Daß man in den Vereinigten Staaten solche Übereinkünfte intensiv angedacht und positiv bewertet hat, ist einem Grundsatzpapier zu entnehmen, das von Robert Blackwill, Arnold Horelick und Sam Nunn verfaßt wurde. Es trägt den programmatischen Titel: "Dem Verfall der amerikanisch-russischen Beziehungen entgegenwirken." Darin empfehlen die Autoren, "Rußland zuzusichern, daß nach der Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik eine längere Pause eintreten wird – etwa fünf bis zehn Jahre – bevor abermals über neue Bündnismitglieder entschieden wird". Von Rumänien ist dabei überhaupt nicht die Rede.¹²¹

Das Verhalten der Mitglieder des westlichen Verteidigungsbündnisses gegenüber dem Aufnahmebegehren Rumäniens scheint diese These zu bestätigen. In offiziellen Stellungnahmen und Presseberichten ist, wenn es um die NATO-Erweiterung geht, stets nur von den drei Visegrad-Staaten die Rede. So beschreibt eine Bonner Tageszeitung einen zu Beginn dieses Jahres angeblich zwischen dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem russischen Präsidenten Boris Jelzin erzielten Kompromiß mit folgenden Worten: "Demzufolge würde Moskau ... die Aufnahme Polens, Ungarns und Tschechiens in die Nordatlantische Allianz nicht mit militärischen oder politischen Gegenmaßnahmen beantworten. Allerdings unter der

¹¹⁸ Bogdan Chirieac, România - alunecarea spre gri (Rumänien - auf dem Weg in die Grauzone), in: Adevărul, 22.3.1996.

¹¹⁹ Reuter, 'Cooperative Partner '96'. O şansă pentru ca România să scape de coşmar ('Cooperative Partner '96' - eine Chance für Rumänien, den Alptraum loszuwerden), in: Azi, 25.7.1996.

¹²⁰ Romulus Căplescu, Am pierdut trenul aderării la NATO. a.a.O. (Anm. 3).

¹²¹ Robert Blackwill, Arnold Horelick, Sam Nunn, Dem Verfall der amerikanisch-russischen Beziehungen entgegenwirken. Notwendig ist kluges Navigieren durch die Untiefen der NATO-Erweiterung, Start II und KSE, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.1996.

Bedingung, daß NATO-Manöver auf dem Gebiet der drei Neumitglieder möglichst nicht stattfinden und Kernwaffen dort nicht stationiert werden."¹²²

Die Haltung Moskaus in dieser Frage weist in dieselbe Richtung. Während Rußland seit Jahren vehement gegen eine Aufnahme der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten in die NATO zu Felde zieht und Druck auf einzelne von ihnen auszuüben versucht, hält Moskau Einwände gegen einen eventuellen NATO-Beitritt Rumäniens gar nicht erst für nötig. Rußland scheint die Chance Rumäniens, in einem ersten Schritt (oder überhaupt?) ins westliche Bündnis aufgenommen zu werden, als eher gering einzuschätzen: Zu einem Treffen, das der russische Außenminister Jewgenij Primakow für seine Amtskollegen aus "den Beitrittskandidaten in die NATO" veranstaltet hatte, war Rumäniens Außenminister nicht geladen.¹²³ Im April 1996 betonte der stellvertretende russische Außenminister Sergej Krylow in einem Gespräch mit dem früheren rumänischen Außenminister Teodor Meleşcanu, die Russische Föderation widersetze sich prinzipiell der Osterweiterung, ein NATO-Beitritt Rumäniens jedoch sei ausschließlich eine Angelegenheit der Brüsseler und Bukarester Behörden.¹²⁴

Der französische Präsident Chirac äußerte sich nach Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Jelzin zuversichtlich. "Die Russen", so Chirac, "werden Rumänien keine Schwierigkeiten machen. Sie wollen einen Vertrag zwischen Rußland und der NATO. Entweder wird es dieses Abkommen geben – und dann sind sie bereit, den NATO-Beitritt von drei, vier oder fünf Ländern zu akzeptieren – oder es wird kein Abkommen geben, und dann sind sie gegen eine Erweiterung der Allianz." Außerdem, so der französische Staatschef, wisse die russische Regierung, daß Frankreich den Beitritt Rumäniens zur NATO wünsche, und werde sich daher nicht querstellen.¹²⁵

In Bukarest ist man dennoch darüber besorgt, daß die 16 NATO-Staaten im Konsens mit Rußland in einem ersten Schritt nur Polen, Ungarn und Tschechien in das Bündnis aufnehmen könnten und erst nach der besagten längeren Pause – falls überhaupt – Entscheidungen über neue Beitrittsländer fällen werden. Diese Erkenntnis bietet auch die Erklärung für die Entschiedenheit und das Engagement, mit dem Bevölkerung, Parteien und die Regierung Rumäniens danach streben, die Gelegenheit auf dem NATO-Gipfel in Madrid zu nutzen.

¹²² Elke Windisch, In der Männerfreundschaft von Kohl und Jelzin kriselt es. Differenzen über Ost-Erweiterung überschatten Treffen zwischen dem Bundeskanzler und dem russischen Präsidenten - Kreml will Mitspracherecht, in: General-Anzeiger, 6.1.1997.

¹²³ Bogdan Chirieac, România - alunecarea spre gri (Rumänien - auf dem Weg in die Grauzone), in: Adevărul, 22.3.1996.

¹²⁴ Kompromißvorschläge für Grundlagenvertrag. Russischer Außenminister nach Bukarest, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 6.4.1996.

¹²⁵ Jacques Chirac, Interview in: Adevărul, 20.2.1997.

Anneli Ute Gabanyi

Romania and NATO

Bericht des BIOst Nr. 20/1997

Summary

Introductory Remarks

In July 1997, NATO's Madrid summit is set to decide which of the countries from the group of Central European candidates are to be adopted as new members of the North Atlantic alliance. The topic of the present report is the progress made by Romania in preparing for membership of NATO. The sources analysed for the report were Western publications, published and unpublished Romanian studies, and articles in the Romanian specialist and general press. These printed media were supplemented by interviews with representatives of the Romanian Foreign and Defence Ministry and of the Department of European Integration.

Findings

1. Romanian public opinion sees the enlargement of NATO as a decision of vital importance to the country - not only since the 1996 elections.
2. Since the peaceful take-over of power in 1996, in which victories by the former opposition at the local government level and in the parliamentary elections culminated in the election of Emil Constantinescu as president, Romania's chances of gaining membership of NATO in the first round of enlargement appear to have improved.
3. The participation of the Hungarian Democratic Union in the new government paves the way for a lasting solution to past ethnic problems in the course of the progressing democratisation of society.
4. The new government's action programme actually tackles the market-economy reforms that had previously been paid only lip service.
5. A large-scale anti-corruption campaign is showing first signs of success, prospects of better control over the security services are improving.
6. The new Romanian government has continued its pre-election efforts to normalise relations with Hungary and is even imbuing them with a new spirit.
7. In the difficult negotiations aimed at concluding a treaty on basic relations with Ukraine, the new Romanian leadership has adopted a new strategy, based on the one hand on Ro-

mania's declared interest in sustained security for Ukraine and on the other on a more flexible and more pragmatic approach to the problem of the disputed Snake Island.

8. In terms of civilian control over the armed forces, their re-alignment towards Western and NATO standards, and their inter-operability with NATO, Romania has long been considered exemplary. Building upon the autonomous foreign and military policy pursued by the country even before 1989, the armed forces have been working since 1991 on reforming their structures towards a specific objective: integration into NATO is a cardinal part of Romania's defence strategy and military doctrine.
9. Romania's integration into NATO with the first group of candidates for membership is the top priority and at the same time the only option of Romanian foreign policy. To achieve this objective, it has launched a large-scale diplomatic offensive.
10. What Romania has to offer NATO also includes geostrategic, security-policy, economic and socio-cultural advantages. Among the latter is the greatest societal support for joining NATO to be found among the populations of any of the candidates for membership and the cross-party political consensus on this issue.
11. Although the 16 current members of NATO have not officially agreed on the number and names of the prospective candidates for admission, whether Romania enjoys the support of, in particular, the U.S., the UK and Germany for membership in the near future is at present uncertain. However, Romania can probably count on the votes of France and the other Latin members and the countries of southern Europe.
12. Russia's attitude to Romania's possibly joining NATO is unequivocally equivocal. Moscow appears to be assuming that the Madrid summit will at first allow only Poland, Hungary and the Czech Republic to join and that a decision on the admission of further members will not be taken for some time - if at all. Ultimately, this perceived possibility is one of the reasons why Romania is striving so resolutely to make the most of the opportunity presented by NATO's Madrid summit.